

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 20. November

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Nr. 546.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Preuss. Reichslandes an.

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, dreigealtene Zeilen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Das Herrenhaus.

Professor Sybel hat kürzlich zu Bonn im dortigen „Bildungsverein“ einen Vortrag über das Herrenhaus gehalten, der eine weitere Verbreitung verdient. In dem ersten Theil seiner Ausführungen ließ der Redner seine Zuhörer einen Blick in das Schulbuch des gegenwärtigen Herrenhauses thun, im zweiten Theil suchte Hr. Sybel die Nothwendigkeit eines Herrenhauses darzuthun. Nach der „Bonner Ztg.“ sprach er wie folgt:

Von jeher war sie royalistisch, so weit die Forderungen des Nationalismus nicht ihre Privat- und Standesinteressen freuzten. Von jeher war sie nicht bloß aristokratisch, sondern partikularistisch, nicht bloß Gegnerin der populären Ansprüche, sondern der preussischen Staats- einheit. Als 1815 das preussische Staatsgebiet neu gebildet war, und der König die Verwaltung nach allgemeinen Grundsätzen ordnen und zur Kräftigung der Einheit eine reichsständische Verfassung geben wollte, so erhoben sich aller Orten diese adlichen Stände für die Beförderung ihrer lokalen Rechte und Verbände. Die Stände von Westfalen wollten nicht mit der Provinz Sachsen verbunden werden, sondern bei der brandenburgischen Nation bleiben. Die Stände der sächsischen und pommerischen Landestheile begeherten die Erhaltung ihrer sächsischen und pommerischen Integrität und Nationalität. Dasselbe Begehren stellte die kleveische Ritterschaft, obgleich sie damals nur noch aus zwei Familien mit einem großjährigen Ritter bestand. Und so ging es aller Orten. Der Kampf, der damals über den Erlass einer Reichsverfassung geführt wurde, entsprang viel weniger aus einem Widerstreben des absoluten Königs gegen Beschränkung seiner Rechte durch die Macht der Reichsstände, als aus dem Gegensatz zwischen den Vertretern der Staatseinheit, wozu die meisten Minister und höheren Beamten gehörten, und den Vorstehern der partikularistischen Zersplitterung, die als Stärkung der konservativen Elemente bezeichnet wurde. Die Entscheidung erfolgte damals hauptsächlich durch den Einfluß des Kronprinzen, des späteren Königs Friedrich Wilhelm IV., der in der Herabsetzung dieser Dinge ein Bollwerk für Recht und Ordnung im Volke, sowie eine Erhöhung des Glanzes des Thrones sah. Er entschied feilschender Vater für unbestimmten Aufschub der Reichsverfassung, und statt dessen für Einführung von Provinzialständen mit unbedingtem Uebergewicht der Ritterschaft. Aber die Regierung konnte allerdings nicht die Gefahr verkennen, welche starke Provinzialstände dem Staate be- reiten, die Gefahr, das Königtum Preußen in acht Kleinstaaten aufzulösen. Die Provinzialstände erhielten also äußerst unbedeutende Befugnisse, das Recht, über Gesetze, welche die Provinzen angingen, beratende Gutachten zu ertheilen, und das Recht, die kommunalangehörigen der Provinz zu verwalten, unter welchen hier am Rhein die Feuerversicherung, ein Irrenhaus und eine Hebammenanstalt die wichtigsten waren. In dieser harmlosen Thätigkeit bestanden sie fort, bis die Bewegung von 1848 zur Entstehung der Reichsverfassung führte. Wie jede andere Partei suchte jetzt auch die feudale in dem Sturm der Ereignisse ihre Interessen zu wahren und zu fördern, und König Friedrich Wilhelm IV. kam ihren Wünschen entgegen. Während anfangs die erste Kammer ebenso wie die zweite aus Volkswählern hervorging, bildete 1854 der König auf Grund gesetzlicher Vollmacht, aus den adlichen Elementen der Provinzialstände die herrschende Majorität in dem an die Stelle der ersten Kammer tretenden Herren- hause. Wir Alle wissen, wie diese Elemente seitdem in der neuen Stellung den alten Charakter bewahrt haben. Die 1848 verschollenen Provinzialstände wurden wieder in das Leben gerufen, die Regulierung der Grundsteuer von Jahr zu Jahr gehindert, die Bestimmungen der Verfassung über Befreiung der Standesvorrechte und Reform der Verwaltung endlos verschleppt. Die Herren blieben Partikularisten auch in der deutschen Frage. Sie waren und blieben also in den wichtigsten Beziehungen ein von Grund aus störendes und feindseliges Element in der naturgemäßen Entwicklung des preussischen und des deutschen Staatslebens. „Wenn der bevorstehende Paarschub sich voll- ständig rechtfertigen soll, so muß er nicht bloß die Durchscheidung der Kreisordnung, sondern eine Reform des Herrenhauses zum Zwecke haben.“

Bei den Verhandlungen, welche diese Sache bisher angeregt hat, ist denn auch die Frage laut geworden: wozu überhaupt zwei Häuser? wozu, wenn der König, der erbliche Vertreter der Nation, mit dem vom Volke gewählten Abgeordneten über ein Gesetz sich verständigt hat, wenn auf diese Art der Geist und die Wille der Nation offenbar geworden; wozu denn noch eine dritte Beratung in einem Oberhause? Die Erörterung wäre bündig genug, wenn es sicher wäre, daß die gewählten Abgeordneten, welche ein Jeder nach seiner persönlichen Ueberzeugung stimmen, und welche immer Menschen, dem Irrthum unterworfenen Menschen bleiben, in jedem Beschlusse, jeder Zeit den Willen und die Interessen der Nation richtig darstellen. Alle Ent- scheidung aller Länder aber zeigt, daß dies nicht immer der Fall ist. Ein Gesetz, sei es das kürzeste und einfachste, ist in seinen Voraus- setzungen und seinen Wirkungen ein Gegenstand mannigfaltiger Ge- wägung. Es ist nöthig, bei jedem Gesetze das Bedürfnis der Ge- samtheit und die Wünsche der einzelnen Bürger gegen einander auszugleichen. Man muß ferner jedes Gesetz zunächst von der tech- nischen Seite nach der Frage prüfen, ob seine Mittel seinen Zwecken entsprechen, und sodann fragen, ob seine Zwecke mit den politischen Anforderungen der allgemeinen Lage im Einklang stehen. Man muß endlich bei jedem Gesetz prüfen, ob es die Bedürfnisse des Augenblicks befriedigt, aber auch, ob es sich mit den bleibenden und zukünftigen Forderungen des Staates verträgt. Jedes verständige Mitglied eines Unterhauses und eines Oberhauses wird immer bei der Beurtheilung eines Gesetzentwurfes diese Rücksichten sämmtlich im Auge haben. Allein dies hindert nicht, daß die eine und die andere Kammer nach ihrer durchschnittlichen Natur vorwiegend nach der einen oder der andern Seite neigt, und danach ihre Beschlüsse faßt. Einer Wahl- kammer wird es natürlich sein, den augenblicklichen Strömungen zu folgen, die allgemeinen Grundsätze mehr als die Bedürfnisse der ein- zelnen Bürger und erst in zweiter auf die Interessen des Ganzen zu blicken. Blicke es der Regierung allein überlassen, die andere Seite hervorzuheben, so wäre die Gefahr eines feindseligen Gegenstandes per- manent: es ist durchaus wünschenswerth, daß innerhalb der Volksvertretung selbst eine zweite Versammlung existire, die nach ihrer Entstehung und Zusammensetzung die Sicherheit giebt, bei der Gesetzgebung auch die bleibenden, technischen, allgemeinen Anfor- derungen beachtet zu sehen. Ganz in diesem Sinne hat das demo- kratische und republikanische Amerika an dem Zweikammersystem festgehal- ten: es giebt keinen Amerikaner, der neben dem Repräsentantenhause seinen Senat wissen möchte. Man wird vielleicht sagen, daß in einem nach diesen Gesichtspunkten eingerichteten Oberhause sich die Aufgaben der Gesetzgebung und der Regierung mischen würden. Das schiene in- dessen gerade nach unserer deutschen Erfahrung kein Vorwurf zu sein. Gerade eine solche Stellung hat in der deutschen Reichsverfassung der Bundesrath: was wir bisher von dessen Thätigkeit erlebt haben, würde

es durchaus nicht als ein Mißgeschick erscheinen lassen, wenn die Ge- richte Recht behielten, die unserer Regierung die Absicht zuschreiben, dem Herrenhause für die Zukunft die Zusammenfassung und die Auf- gabe zugleich ersten Kammer und eines Staatsraths zuzuwenden. Es wäre das eine Aufgabe der höchsten Art; lassen Sie uns vertrauen, daß die Kraft und Einsicht des preussischen Volks auch ihr gewachsen sein möge.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt diese ganze Rede an hervorragender Stelle wieder und bemerkt dazu:

Hr. von Sybel steht in seinen Ansichten nicht vereinzelt da; fast in der nämlichen Weise, wenigstens mit den gleichen Schlußfolgerungen, hat sich vor kurzem ein Aufsatz in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ vernehmen lassen, welchen wir — ebenfalls als einen inter- essanten Beitrag zur Erörterung einer wichtigen Frage Raum ge- ben haben. In dem wir in Betreff der Sybelschen Rede das Gleiche thun, ohne unserer eigenen Auffassung im Geringsten vorzugreifen, glauben wir, wie schon im Eingange bemerkt, einer publizistischen Pflicht zu entsprechen, denn nur im Kampfe der Geister klären sich die Meinungen und erst im Brennpunkte aller berechtigten Anschauungen zeigen die praktischen Fragen der Gegenwart die Form einer allseitig versöhnenden und befriedigenden Lösung.

Man sieht daraus, daß der Steuermann der „N. A. Z.“ noch immer nicht die Weisung über das Ziel der Fahrt und die Route er- halten hat. Das Mißtrauen über Schwankungen in den höchsten Kreisen erhält sich darum auch. Ganz richtig bemerkt die „Schles. Ztg.“: Trotz des Widerstandes, welchen die „konservative“ Partei in beiden Häusern des Landtags seit Jahr und Tag den wichtigsten Gesetzesvor- lagen entgegengestellt hat — scheiterten doch noch vor kaum zwei Jahren die hessische Kirchenordnung und das hannoversche Schulgesetz des Herrn v. Mühlher am starken Fels der „Partei Stroffer“, und reichte selbst die lapidare Beredsamkeit des Fürsten Bismarck nicht aus, den Konservativen das Schulaufsichtsgesetz annehmlich zu machen — trotz dieses Widerstandes scheint es der Regierung noch immer schwer zu werden, ihren Stützpunkt ausschließlich in den freisinnigen Parteien zu suchen. Wir müssen es dahin gestellt sein lassen, ob den Ministern gegenüber ein schwer definirbarer höherer Einfluß maßgebend ist, oder ob es den älteren Räten der Krone allzu schwer wird, sich von ge- wissen Antezedenten einfach loszusagen: die Thatsache aber bleibt, daß die Regierung, trotz der belangreichsten Zugeständnisse an die sich aus sämmtlichen liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses zusam- mensetzende Reformpartei, Alles aufbietet, sich die „konservative“ Partei nicht in ihrer Gesamtheit zu entfremden.

Provinzialfonds.

Der dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Dotation der Provinzial-Verbände, lautet:

Wir, Wilhelm K., verordnen u. z.: § 1. Aus den Einnahmen des Staatshaushalts wird vom 1. Januar 1873 ab eine Summe von jährlich drei Millionen Thaler zur Verfügung gestellt, um 1) die Pro- vinzialverbände von Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen und der Rhein- provinz, sowie den Stadtkreis Frankfurt a. M. und die hohenzollerischen Lande mit Fonds zur Selbstverwaltung auszustatten, 2) diese Verbände, sowie den Provinzial-Verband von Hannover und die Kommunalver- bände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden in den Stand zu setzen, die zur Durchführung der Kreisordnung in den sechs östlichen Provinzen und der für die übrigen Provinzen und Landestheile zu er- lassenden ähnlichen Gesetze erforderlichen Beihilfen zu gewähren. — § 2. Die Vertheilung der im § 1 bestimmten Summe unter die eben- dafelbst gedachten kommunalen Verbände, sowie die Verwendungszwecke dieser Summe werden durch besondere Gesetze festgestellt. Bis zum Erlasse derselben sind die Jahresbeträge der überwiesenen Summe, soweit die- selben jeweilig noch nicht ihre bestimmungsmäßige Verwendung gefun- den haben, zu einem für Rechnung der beteiligten Verbände zu ver- waltenden und zinsbar zu belegenden Fonds zu vereinnahmen. Eine Nachweisung über die Bestände des Fonds ist dem Landtage alljährlich vorzulegen. — § 3. Die Ueberweisung weiterer Summen, aus dem Staatshaushalts-Etat, unter Uebertragung der entsprechenden Aus- gabe-Verpflichtungen, bleibt vorbehalten. — § 4. Der Minister des Innern und der Finanz-Minister sind mit der Ausführung dieses Ge- setzes beauftragt. Urkundlich u.

Die Motive zu dem Gesetzentwurf wegen der Dotation der Provinzialverbände bezeichnen als Zweck der Vorlage die Erfül- lung der wiederholt gegebenen Zusage, daß in gleicher Weise, wie der Provinz Hannover und dem hessischen Kommunalverbande, den sämmt- lichen Provinzen der Monarchie eine Dotation aus Staatsfonds zu Zwecken der Selbstverwaltung zu Theil werden solle. Die näheren Bestimmungen über die Verwendung der zu gewährenden Mittel sind natürlich mehr oder weniger abhängig von den in dem Gebiete der Kreis- und Provinzialverfassungen beabsichtigten Reformen, zu deren Durchführung die Provinzialfonds dienen sollen, und werden deshalb erst zugleich mit diesen Reformgesetzen getroffen werden können; in- dessen erscheint es für die Förderung der Reformen selbst geeignet, schon jetzt die Mittel etatsmäßig bereit zu stellen und für Rechnung der be- treffenden Verbände zu verwalten und zu verzinsen. Den Vorschlag, die Dotation in der Weise zu gewähren, daß man den Provinzen einen Theil der bisher vom Staate aus der Grundsteuer bezogenen Einnah- men überweise, hat die Regierung ablehnen zu müssen geglaubt, weil der Ertrag der Grundsteuer je nach der Bodenbeschaffenheit und dem Stande der Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur in den ein- zelnen Provinzen sehr verschieden ist und deshalb eine Vertheilung von Provinzialrenten nach diesem Maßstabe die Provinzen von überwie- gend ertragsfähigem Boden unverhältnismäßig begünstigen würde ge- genüber den Provinzen mit weniger erziehbarem Boden, in denen das Bedürfnis möglichst reichlicher Mittel gerade in erhöhtem Maße vor- handen ist.

	Es beträgt das Jahresaufkommen an Grundsteuer	für den	für den Kopf
	in der	Morgen	der Bevölkerung
1) Preußen	2,1 Sgr.	13,4 Sgr.	
2) Posen	2,1 Sgr.	14,4 Sgr.	
3) Pommern	2,1 Sgr.	17,4 Sgr.	
4) Brandenburg	2,1 Sgr.	13 Sgr.	
(excl. Berlin)	3,1 Sgr.	15 Sgr.	
5) Schlesien	6,1 Sgr.	24,4 Sgr.	
6) Sachsen			

*) Ohne Kreisordnung und ohne Provinzialordnung?
Red. d. Posener Ztg.

7) Westfalen 4,1 Sgr. 17,4 Sgr.
8) Rheinprovinz 5,1 Sgr. 15,4 Sgr.
Für die Bemessung der Höhe der Dotation kommt in Betracht, daß es sich einerseits um solche Fonds handelt, welche den Provinzen zur Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben, andererseits um solche, welche den Provinzen zur Unterstüttung der Kreise bei der Durchführung der neuen Kreisordnung zu überweisen sein werden. In letzterer Be- ziehung ist es hauptsächlich die Institution der Kreisaußschüsse, aus welcher den Kreisen nicht unerhebliche Kosten erwachsen werden. Die Vorlage berechnet dieselben im Durchschnitt auf jährlich 2500 Thlr. für jeden Kreis. Da die nach dem Entwurf der Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen beabsichtigte Organisation der obrigkeitlichen Selbstverwaltung demnach im Wege der Gesetzgebung auch in den westlichen Provinzen und in den neu erworbenen Landestheilen zur Durchführung gelangen soll, die Zahl sämmtlicher Kreise der Monarchie (mit Einschluß der gleich zwei Kreisen zu rechnenden vier hohenzoller- schen Oberämter) aber 423 beträgt, so ergibt sich unter Zugrunde- legung des gedachten Durchschnittssatzes eine Geldsumme von rund 1 Million Thaler. Für die Berechnung des Betrages, welcher für eigentliche Provinzialzwecke bestimmt ist, dient einerseits die Höhe der für die Provinz Hannover und den Regierungsbezirk Wies- baden bereits gewährten Dotationen als Maßstab, andererseits eine Kombination der Bevölkerungszahl und des Flächeninhalts der be- treffenden Provinzen. Die Anwendung eines solchen kombinierten Maß- stabes erscheint deshalb geboten, weil bei Berechnung nach der bloßen Seelenzahl die gering bevölkerten und noch wenig kultivierten, der Bei- hilfe des Staates aber desto bedürftigeren Provinzen mit einem großen Flächeninhalte eine erheblich geringere Rente erhalten würden, als bei Zugrundelegung beider gedachten Faktoren, die überdies ihre Begrün- dung darin findet, daß der größere Theil der Dotation für Wegebau- zwecke zu verwenden sein wird. Unter Anwendung des erwähnten Maßstabes würde sich für die neu auszustattenden Landestheile (die älteren Provinzen der Monarchie, Schleswig-Holstein, den Stadtkreis Frankfurt a. M. und die hohenzollerischen Lande) eine Rente von 4.600.000 Thlrn. ergeben. Den älteren Provinzen sollen die Renten der auf Grund der königlichen Votschaft vom 7. April 1847 jähfrei gewährten Fonds im Gesamtbetrage von 2,1 Mill. Thlrn. angerech- net werden, so daß nach Abzug dieser 100.000 Thlr. Zinsen sich die Summe auf 4.500.000 Thlr. ermäßigt. Rechnet man hierzu die für Kreiswecke ermittelte Rente von 1 Million, so ergibt sich ein Ge- sammtbetrag von 5,1 Millionen. Befürs Deutung dieser Summe ist ein Betrag von 3 Millionen als dauernde Mehrausgabe in den Etat pro 1873 aufgenommen worden. Ferner soll, sobald in den Provinzen die nöthigen Verwaltungsorgane geschaffen sein werden, von dem Chauffee-Neubau-Fonds des Handelsministeriums eine weitere Summe von 2 Millionen den Provinzen überwiesen werden, so daß nur noch ein Betrag von 500.000 Thlrn. verbleibt, welcher ebenfalls durch Ueber- weisung geeigneter, bereits vorhandener Etatspositionen staatlicher Verwaltungszweige zu decken sein würde.

Die Motive schließen mit der Bemerkung, daß die so gestalteten Provinzialfonds hinreichende Mittel darbieten würden, um außer den angedeuteten Zwecken auch zu Ausgaben für das Elementarschulwesen zu dienen, soweit die Provinzial- und Kreisverbände nach dem zu er- lassenden Unterrichtsgesetze die letzteren zu tragen haben werden. Na- mentlich ist in dieser Beziehung die wünschenswerthe Einführung der Dienstalterszulagen für Elementarlehrer in Aussicht genommen, deren spezielle Regelung jedoch dem Unterrichtsgesetze vorbehalten bleibt.

Deutschland.

△ Berlin, 19. November. Hiesige Blätter melden, daß am Sonn- abend und auch wieder am gestrigen Tage Beratungen des Staats- Ministeriums stattgefunden hätten. Das ist ungenau; es hat vielmehr nur am Sonntage eine ziemlich ausgedehnte Beratung stattgefunden; gestern ist keine Sitzung abgehalten worden. Aufmerksamsten Lesern der „Kreuz-Zeitung“ kann es nicht entgangen sein, daß die Sprache des Blattes in Sachen der parlamentarischen Krisis nicht immer von der gleichen Stimmung eingegeben war. Bald wurde der ultra- konservativen Partei starres Verharren auf dem negativen Standpunkt dringend empfohlen, bald wieder ein Einlenken der Partei in Aussicht gestellt. Nach Allem, was man über die jüngsten Vorgänge im Schooße der genannten Partei erfährt, waren die täglichen Artikel der „Kreuz- Zeitung“ getreue Spiegelbilder der Stimmung, welche zur Zeit dort die Oberhand gewonnen. Die starre Opposition war keineswegs die einzige und dauernde Lösung, welche für die Haltung der Ultras maß- gebend war. Man hört vielmehr, daß eine Verständigung mit der Regierung von Seiten der Stahl'schen Fraktion ernstlich erörtert und sogar beschloffen worden ist. Es sind von Seiten hervorragender Führer der Partei — und man nennt Männer, von denen man ein Einlenken am wenigsten hätte erwarten können, — Schritte geschehen, um den Paarschub abzuwenden und zwar durch das Anerbieten einer Majorität für die Kreisordnungsvorlage, sei es durch Enthaltung von der Abstimmung, oder durch ein verändertes Votum. Das ist That- sache; aber ebensosehr ist es Thatsache, daß diese Schritte durchaus ergebnislos geblieben sind! Dieselben waren übrigens um so auffallender, als die Herren, von denen sie ausgingen, wissen mußten, daß sie zu spät kamen. Seit den ersten Beschlüssen des Staats-Ministeriums in dieser Angelegenheit und namentlich nachdem in dem letzten Minister- Ronsell der Kaiser demselben seine Sanktion ertheilt, hat auch nicht das geringste Schwanken in der Haltung der Regierung stattgefunden. Die Beschlüsse derselben stehen heute bereits völlig fest, und zwar nicht bloß mit Rücksicht auf die Kreisordnung, sondern auch in Bezug auf die weiteren Schritte, welche die nothwendige Konsequenz der einmal eingetretenen Krisis bilden. — Was die Theilnahme des Kronprinzen an diesen Beschlüssen betrifft, so ist Ihnen bekannt, was ein englisches Blatt darüber fabelt. Ich konnte Ihnen schon früher mittheilen, und kann dasselbe heute wiederholen, daß der Kronprinz in jeder Beziehung die Vorschläge des Staats-Ministeriums gebilligt und lebhaft unter- stützt hat. Eine weitergehende selbständige Einwirkung des Prinzen auf die Entschlüsse des Kaisers hat nicht stattgefunden. — Wie die Blätter melden, hat der Geh. Reg.-Rath Persius beim Kaiser Vortrag gehabt. Wie ich höre, hatte der Kaiser auf Vorschlag des Ministers des Innern diesen Vortrag befohlen, um genauere Kenntniß von einigen speziellen Fragen zu nehmen, welche bei der neuen Vorlage in Betracht kommen.

© Berlin, 19. November. Heute ist mancherlei Erfreuliches zu melden. In erster Reihe gehört dazu der vom Staatsministerium am letzten Sonntag gefasste Beschluss, einen Pairschub in weiten Dimensionen vorzunehmen. Wir können auf Grund besserer Informationen mittheilen, daß etwa fünfundvierzig neue Mitglieder in das Herrenhaus eintreten werden, und diese Ernennungen erfolgen in längstens acht Tagen, also noch zeitig genug, weil die neue Kreisordnung nicht früher dem Herrenhause zugeht, die neue Majorität des Hauses mithin schon die geschäftliche Behandlung des Gesetzes zu bestimmen hat. Diese Mittheilung geht uns von derselben Seite zu, wo beharrlich zuerst der Pairschub in Abrede gestellt wurde und wo dann rechtzeitig von den vertraulichen Anfragen verlautete, die der Minister des Innern an einige Abgeordnete gerichtet hatte, des Inhalts nämlich, ob sie „eventuell“ geneigt wären, in das Herrenhaus einzutreten. Die Bescheide auf die Anfragen haben wohl wesentlich dazu beigetragen, der Politik der Regierung eine bestimmtere Richtung zu geben und das Herrenhausprogramm der Minister zu erweitern. Denn Graf Eulenburg bekam zu hören, ein Mandat für das Herrenhaus könnte nur für den Fall einen Reiz ausüben, daß das ganze Herrenhaus umgestaltet würde, und neben dem Pairschub steht jetzt auch dies Projekt ernstlich in Rede. Das ist das Neueste, was der Tag gebracht hat. In allgemeinen Umrissen projektirte man Dies und Jenes, aber jetzt erst liegen definitive Beschlüsse vor. Bis zu ihnen hin ist entschieden viel intriguiert worden, und bei der eigenthümlichen Zusammenfassung des Ministeriums war nichts natürlicher, als daß dem Schwanken und der allgemeinen Ungewissheit Vorschub geleistet wurde. Bald hatten die Junker, bald die Liberalen Oberwasser. Wir an unserm Theil waren bemüht, den einzelnen Phasen des Streits genau zu folgen, und so geschah es, daß wir ab und zu mit unsern Angaben isofirt dastanden. Ein Abgeordneter, dem wir dies unser Leid klagten, tröstete uns mit den Worten: Die divergirenden Angaben wurden vollauf beachtet und ganz zuverlässig haben sie verrathen, wie arger Widerstreit der Ansichten in den letzten vierzehn Tagen thatsächlich bestanden hat. Jetzt ist dieser Streit in Etwas zur Ruhe gekommen.

DRC. Wir waren die Ersten, welche das Gerücht verbreiteten, daß der Handelsminister Graf Ikenburg an seinen Rücktritt vom Amte denke. Nach uns bestätigte die „Nationalztg.“ dasselbe, während die Offiziösen es im Anfang bekämpften, schließlich aber doch klein beigegeben mußten. Seitdem hat dieses Gerücht schon greifbare Formen angenommen und man nennt sogar schon Namen, welche den Platz des Grafen Ikenburg einnehmen sollen. Wir können im Großen und Ganzen in dieser Beziehung die darüber verbreiteten Mittheilungen bestätigen, wollen aber noch hinzufügen, daß eine definitive Gestaltung in dieser Angelegenheit erst nach Ablauf von etwa 14 Tagen zu erwarten ist.

— Die „Kreuzzeitung“ leitetartikelt wacker über „konservative Politik“, doch bieten ihre Leistungen nur geringes Interesse. Um aber ihren Standpunkt zu charakterisiren, theilen wir den Schluß des gestrigen fünften Artikels mit. Er lautet:

Das bloße Faktum eines Pairschubs, daß keine weitergehenden Absichten, als die Kreisordnung sofort ganz im Sinne des Abgeordnetenhauses durchzuführen einschließt, kann von der konservativen Partei nicht anders aufgefaßt werden, als eine unumwunden ihr auferlegene Kriegserklärung. Die bisherige Stellung des Herrenhauses, als der einzig sicheren Vertretung der konservativen Ziele, und die durch einen Pairschub auf ein Menschenalter hin gefährdete Mächtigkeit, diese Stellung ferner einzunehmen, schließen jede Unklarheit über die Folgen eines solchen Schrittes aus. Es wäre der Bruch mit der konservativen Politik als solcher, der Politik, welche im Interesse der Krone, im Interesse des Landes vertreten. Und wir können nicht glauben, daß die königliche Staatsregierung sich zu diesem Bruche entschlossen hat.

Die „Kreuzzeitung“ kann schon glauben, der Pairschub erfolgt, und der Bruch der Regierung mit ihrer konservativen Politik ist schon vollzogen. Uebrigens stehen hinter der „Kreuzzeitung“ nicht viele Leute; die meisten von denen, welche sie zur konservativen Partei rechnete, sind, um mit einer Broschüre von Nathusius-Ludom zu reden, nicht „eigentlich konservativ“, sondern „nur monarchisch“.

— Der heutige „Reichsanz.“ publizirt die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den Uebergang des Betriebes und der Verwaltung resp. des Eigentums des Niederschlesischen Zweigbahn-Unternehmens auf die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft, sowie das Privilegium der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft zur Emission von 2,300,000 Thalern Niederschlesischer Zweigbahn-Prioritäts-Obligationen. Vom 4. November 1872.

Stimmen über die Berliner und Londoner Tagespresse.

Die englischen Berichterstatter gewisser Londoner Journale in Berlin und anderen Hauptstädten Deutschlands scheinen sich in letzterer Zeit verschworen zu haben oder Vergnügen daran zu finden, deutsche Institutionen in den Augen des englischen Publikums herabzuwürdigen oder lächerlich zu machen. Während der Straßburger Korrespondent des deutschen öffentlichen „Standard“ fast in jedem seiner Briefe den deutschen Charakter schwächt und sich in ehrenrührigen Äußerungen über die preussische Armee ergötzt, scheint sich der berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ die Tagespresse der Deutschen Metropole zum Ziele seines Spottes und Witzes erkoren zu haben und versteigt sich in der Behandlung dieses Themas zuweilen, gelinde gesagt, zu absurden Ungenauigkeiten. So sagt er u. A.: „Die hiesige Presse berichtet ihr Werk gewissenhaft genug, aber was den Einfluß anbelangt, den sie auf die öffentliche Meinung ausübt, so brauchte sie überhaupt gar nicht zu existiren. Es mangelt ihr ganz und gar an Unternehmungsgestalt, wohl einfach deswegen, weil ihre Leser durchaus keinen Anspruch auf denselben machen. Sie veröffentlicht Berichte über lokale Vorfälle und Angelegenheiten von Interesse drei oder vier Wochen nach deren Stattfinden, und ihre Abonnenten sind völlig zufrieden, dieselben nach Verlauf dieser Frist zu lesen, ja so zufrieden, als wenn die Berichte überhaupt gar nicht erschienen wären. Kein einziges der leitenden berliner Journale bedient sich des Drahtes für Spezial-Nachrichten, und es muß eingeräumt werden, daß sie, vom kommerziellen Gesichtspunkte aus, thöricht sein würden, dies zu thun, insofern, als ihre Extrakosten für Telegramme ihnen nicht ein Dutzend mehr Abonnenten oder ein einziges weiteres Inferat gewinnen würden. Ueberdies würden ihre regulären Kunden diesen so kostspielig beschafften Nachrichten keinen Glauben beimessen.... Die Polizei- und Gerichts-Nachrichten sind kaum der Erwähnung werth. Eine große Gerichtsbrunn, ein haarsträubender Mord, ein Selbstmord oder ein Unfall, sei er auch noch so erheblicher Natur, wird in einem kalten, dünnen Rapport von 4 oder 5 Zeilen abgethan; einer großen cause célèbre würden zuweilen (obwohl selten) dreiviertel einer kurzen Spalte

— Großes Aufsehen erregt in den betreffenden Kreisen die nach der „Staatsb.-Ztg.“ am Freitag wegen Betrugs erfolgte gerichtliche Verhaftung eines vielgenannten Grinders, des Berg- und Hütten-directors Libbach. Er wurde schon längere Zeit durch die Kriminal-polizei gesucht, hatte es aber bis jetzt verstanden, sich seinen Häschern zu entziehen.

— Die „N. A. Z.“ erhält über die Angelegenheit der katholischen Militärgeistlichen folgende Mittheilung:

Die am 5. d. zu Münster am Stein versammelten Militärgeistlichen des Reichs- und Rheinlandes inflüide Mainz haben sich alle den Bischöfen ihrer Garnisonen unterstellt, und scheint gerade dieses das Hauptresultat ihrer Berathung gewesen zu sein. Diesen gegenüber haben mehrere Militärgeistliche dem Kriegsminister ihre völlige Unterwerfung unter die Verfügung vom 29. Mai erklärt und bis jetzt sich noch nicht den betreffenden Diözesanbischöfen unterstellt — werden es auch nicht thun. Es ist sehr auffallend, daß gerade diejenigen, welche den Soldaten Treue gegen die Obrigkeit predigen sollen, zuerst, wenn auch sehr heimlich, Verfügungen ihrer höchsten militärischen Behörde illusorisch machen. Im Kreise jener zu Münster a. St. versammelt Gewesenen glaubt man auf Nachricht von Berlin her fest, der Feldprobst Ramskanowski werde bald sämmtlichen Militärgeistlichen die ihnen von ihm bei ihrer Anstellung ertheilte Jurisdiktion entziehen. Dadurch würden die Militärgeistlichen, auch ohne Vorgehen von Seiten des Kriegsministeriums, genöthigt werden, Farbe zu bekennen.

Köln, 17. November. Der Altkatholiken-Kongress in Köln hat beschlossen, daß in Deutschland zwei Zentralkomitees für die altkatholischen Angelegenheiten gebildet werden sollen, von denen das eine in München seinen Sitz haben und für Baiern, Württemberg und Baden bestimmt sein soll und das zweite in Köln residiren und für den anderen Theil von Deutschland fungiren soll. In den letzten Wochen haben in Köln geschlossene Delegirtenversammlungen wiederholt stattgefunden, welche die Statuten für ein Zentralkomitee und für einen von demselben ressortirenden geschäftsführenden Ausschuss für No. 2. Deutschland berathen und angenommen haben. Das Zentralkomitee, zusammengesetzt aus Delegirten der verschiedenen altkatholischen Gemeinden und Vereinen, besteht aus etwa 100 Personen, welche alle vorzukommenden wichtigen Angelegenheiten zu berathen und zu beschließen haben. Dasselbe hat einen geschäftsführenden Ausschuss für Norddeutschland zur Ausführung aller Beschlüsse und überhaupt für die Exekutive gewählt, welcher durch 7 Personen gebildet wird. Diese sind: Ober-Regierungs-rath Wülfing, Vorsitzender, Appellations-Gerichtsrath Köttler, Stellvertreter des Vorsitzenden, Appellations-Gerichtsrath Möller, Justizrath Eilender, Dr. Langen, Professor der katholischen Theologie, Advokat-Anwalt Riffart und Ingenieur Berghaus, welche mit Ausnahme des Professors Langen aus Bonn sämmtlich in Köln wohnen. Für Oesterreich-Ungarn und die Schweiz bestehen besondere Zentralkomitees, welche von denjenigen für Deutschland unabhängig fungiren. — Das Komitee des Altkatholiken-Kongresses, bestehend aus den Herren Dr. von Schulte, Professor der Rechte, Dr. Friedrich, Professor der Theologie, Dr. Neusch, Professor der Theologie, Dr. Michaelis, Professor der Philosophie, Wülfing, Ober-Regierungs-rath, Dr. Halenckler, Sanitätsrath Dr. Maassen, Professor der Rechte, veröffentlicht eine Erklärung, dahin gehend, daß die in der bekannten jüdischen Denkschrift der deutschen Bischöfe enthaltene Auseinandersetzung, welche von einem „dem Papste und den Bischöfen“ zusehendes, gegen Irrthum geschützten Lehramt spricht, in unlöslichem Widerspruch mit dem Wortlaute der Konstitution vom 18. Juli 1870 steht und nichts als ein Versuch ist, den Sinn und die Tragweite des neuen Dogma zu vertuschen, dem Volke Sand in die Augen zu streuen und die Regierungen auf Kosten der Wahrheit zu beruhigen. Die Behauptung der Denkschrift über die päpstliche Auffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche, heißt es weiter, enthalte im Hinblick auf die bekannten zahlreichen Stillsprüche der Päpste von Gregor VII. bis auf den Syllabus Pius IX., auf die Theorien des päpstlichen Organs „Civita Cattolica“, auf die Eingabe der Bischöfe vom 10. April 1870 an das Vatikanische Konzil Unwahrheiten, die um so schwerer ins Gewicht fallen, als die Unterzeichner wissen müssen, daß die Souveränität des Papstes über alle menschliche Kreatur, die Ungültigkeit jedes vom Papste verworfenen Staatsgesetzes, die absolute Verpflichtung der Fürsten, dem Papste zu gehorchen, durch ihre Unterwerfung unter das Dogma des 18. Juli 1870 seitdem nach der eigenen, am 10. April 1870 konstatirten Erklärung für sie ein unabänderlicher Glaubenssatz ist. Im Weiteren protestiren die Unterzeichneten gegen die seitens der Bischöfe gegen sie beliebten bekannten Verleumdungen.

Aus Nassau, 16. Novbr. Vor einigen Tagen zog der Geistliche eines Dorfes im samberger Grunde mit der Schuljugend in einer Prozession in das Feld zur Vertilgung der Feldmäuse. (!)

Dresden, 15. Novbr. Auf die Interpellation des Abgeordneten Bornitz wegen des Eintritts von Staatsbeamten in den Aufsichtsrath und die Gründungskomite's von Aktiengesellschaften antwortete vorgestern Staatsminister v. Rositz-Wallwitz:

Die Regierung gehe davon aus, daß die Theilnahme eines Staatsbeamten an dem Vorstände, Aufsichtsrath oder Verwaltungsrathe von Aktiengesellschaften nur mit Genehmigung der Anstellungsbehörde er-

folgen könne. Gesuche um Eintritt in Gründungskomite's seien bisher nicht vorgekommen. Gesuche aber in den Aufsichtsrath oder Verwaltungsrath einer Gesellschaft wären ausnahmsweise und nur unter der Bedingung genehmigt worden, daß keine Kollision mit dem Amte entstehe und keine Remuneration genommen werde. Zu einem Einschreiten habe die Regierung bis jetzt keine Veranlassung gehabt. Ein neuerdings vorgekommener Fall, wonach ein Beamter die frühere Genehmigung zum Eintritt in den Aufsichtsrath einer Gesellschaft auf ein anderes, nahe gelegenes und verwandtes Unternehmen ausgedehnt, habe im Austritte des betreffenden Beamten aus dieser neueren Gesellschaft seine Erledigung gefunden.

Abg. Bornitz behielt sich weitere Anträge vor.

München, 16. November. Die Agenten und Helfershelfer des Dachauer-Bankenschwindels, welche offenbar durch seinen fähen Zusammensturz etwas überrascht worden waren, beginnen von Neuem mit ungläublicher Frechheit die Ausbreitung und Irreführung der zahlreichen, meist vollständig „bewilderten“ Opfer.

Es verhält sich von selbst, daß der Ausgang des gegen die ganze Gaunerbande eingeleiteten strafrechtlichen Verfahrens von der Nachweisung der gesetzlichen Merkmale des betrügerischen Bankrottes abhängt. Dieselbe hat also ein leichtbegreifliches Interesse, soviel als möglich ihre ohnehin lichte Geschäftsgeschäftsbahn mit dem Schleier des Geheimnisses zu bedecken, und namentlich die Höhe der Passiva nicht allgemein und vollständig bekannt werden zu lassen. Die Gant ist allerdings bereits ausgesprochen, und die Gläubiger sind angewiesen worden, ihre Forderungen beim Handelsgericht zu liquidiren, bei welchem sofort vier vollständige Bureau's eingerichtet wurden, um dem massenhaften Andrang gerecht zu werden. Trotzdem ist es schon gelungen, den alten Wunderglauben wie das blödsinnige Mißtrauen gegen die Behörden neu zu beleben; die Dummheiten der Dummchen haben sich bereiten lassen, ihre Forderungen gar nicht anzumelden, obwohl sie dadurch offenbar vollständig werthlos werden. Man spiegtel den Leuten vor, die Spießer habe einige Millionen auf die Seite geschafft, sie werde in wenigen Tagen in Freiheit gesetzt werden, und dann diejenigen baar ausahlen, die treu zu ihr gehalten, und ihre Forderungen nicht auf dem Gerichte angemeldet haben. (Einfacher dieses habe selbst Gelegenheit mit einer der niederen Volksschichten angehörigen Frau hierüber zu sprechen, die ihr ganzes Vermögen, ehemals aus zwei Pfandbriefen der bairischen Hypotheken- und Wechselbank zu je 1000 fl. bestehend, verliert und b. d. Dachauer-Bank angelegt hatte. Diese liegt sich absolut nicht bewegen, ihre Wechsel bei Gericht vorzulegen. „Einer so frommen Dame kann es nicht fehlen“, sagte sie, „und wenn die Juden sie wirklich unterkrügen, dann hilft ihr der heilige Vater!“ Wenn nun aber die bodenlosen Lügen selbst hier in München verfangen, wo die Leute nur ein paar Schritte zu gehen haben, um ihre Rechte zu wahren, kann man sich denken, welchen Erfolg dieselben auf dem platten Lande haben müssen, wo kein anderes Blatt gelesen wird, als die schamlosen Organe des Schwindels selber, „Baterland“ und „Volkssbote“, und wo die armen Leute weite, in der jetzigen Winterzeit doppelte beschwerliche Reisen machen müssen. Schon jetzt stellt sich heraus, daß der ganze Umfang des angerichteten Un Glücks niemals bekannt werden wird. — Uebrigens sollen in den letzten Tagen in aller Stille zu der Gantmasse nicht unbedeutende Beträge eingezahlt worden sein, und zwar von Leuten aus den höheren Ständen, die gegen gewisse Gefälligkeiten von Hl. Spießer Darlehne empfangen hatten und jetzt gerne ihren „guten Namen“ aus der fatalen Geichichte ziehen möchten.

Die Ultramontanen sind wie niedergebunkert durch die beispiellose captis diminutio, welche ihr Ansehen erlitten hat; die „lieben Söhne“ des Papstes und des Erzbischofs, die Hrn. Sigl und Zander, sind jetzt wahre enfants terribles, die man gerne wieder verläugnen möchte. Aber man weiß sich vor der Verwandtschaft so wenig zu helfen, als Barolo, wenn Figaro singt: „Und der ist mein Vater, er sagt es ja selbst!“

De s e r r e i c h.

Leipzig, 18. Novbr. Am 16. d. M. brachte der Telegraph die Nachricht aus Leipzig, daß der Antrag der Rathen wegen direkter Reichsrathswahlen von der polnischen Landtagsmajorität verworfen wurde. Er war von Kowalski eingebracht, der ihn wie folgt motivirte:

Der Ihnen vorliegende Antrag wird bekanntlich in diesem Hause zum erstenmale gestellt und hat derselbe unter der Bevölkerung Aufsehen erregt und wurde insbesondere von der (polnischen) Presse vielfach angefochten. Ich erkläre im vorhinein, daß wir genau unser eben deshalb erlauben Sie mir, diesen Antrag zu motiviren. Die direkten Reichsrathswahlen, deren Einführung mein Antrag bezweckt, sind bei uns bereits im Jahre 1848 (bei der Wahl in den freireicheren Reichstag) vorgenommen worden und sollte uns deshalb die Frage der direkten Wahlen nicht so neu vorkommen. — Der weitere Entwicklungsgang der Reichsrathswahlen nach Auflösung des freireicheren Reichstags, sowie auch das Schicksal der Konstitution des Jahres 1849, die durch das Dezemberpatent vom Jahre 1851 aufgehoben wurde, dürfte Ihnen hinlänglich bekannt sein.zehn Jahre sind hierauf verfloßen, in welchen sich der Mangel einer Konstitution recht

in kleinem Druck angewiesen. Ich kenne kein Journal, das seinen Lesern mehr als einen Leitartikel liefert. Mit diesem fängt die Zeitung an. Dann folgen drei oder vier auf preussische Angelegenheiten Bezug habende Paragraphen; hierauf kommen unter der Rubrik „Deutschland“ drei oder vier weitere Paragraphen, welche Angelegenheiten in München, Stuttgart, Karlsruhe u. s. w. betreffen; sodann die „Auswärtigen Nachrichten“, je nach der Entfernung der erwähnten resp. Länder eine Woche bis 14 Tage alt (?); dann „Lokal-Nachrichten“, ihrem Titel nur sehr wenig entsprechend, und zuletzt Wolff's Telegramme, gefolgt von einem Börsenbericht, der häufig länger und stets sorgfältiger edirt ist, als der „Nachrichten“-Theil der Zeitung. Hier haben Sie ein billiges und ehrliches (?) Resumé des Inhalts eines Berliner politischen Tageblattes. Musik, Kunst, Literatur, Wissenschaft u. s. w. werden unter dem viel umfassenden Wort „Feuilleton“ behandelt, ein Departement des ausländischen Journalismus, das mit Ausnahme der Leitartikel (die öfter mit erstklassigem Talent geschrieben sind) den einzig leserwerthen Theil der Zeitung bildet.“ So weit das Urtheil des englischen Korrespondenten, das in verworrener Weise sehr viel Unwahrheit mit einer kleinen Dosis Wahrheit vermenget.

Man gestalte uns nun ein Urtheil über die englische resp. londoner Presse. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß die Riesenorgane der öffentlichen Meinung in Großbritannien Metropole in musterhafter und kostspieliger Weise geleitet werden. Die größeren Tagesblätter, wie „Times“, „Daily News“, „Daily Telegraph“, „Standard“, „Morning Post“ und „Morning Advertiser“ bringen ihren Lesern täglich außer vier bis fünf Leitartikeln und Abhandlungen über politische und soziale Angelegenheiten spaltenlange Drahtberichte über Meetings, politische Bankette, Eisenbahn- und andere Unfälle, wie sonstige Vorkommnisse. In keiner Presse der Welt, mit Ausnahme der amerikanischen, werden Parlaments- und Gerichtsverhandlungen so schnell und ausführlich rapportirt, wie in den englischen Journalen, aber was ihre auswärtigen Nachrichten anbelangt, so stehen sie den deutschen Zeitungen bei Weitem nach und was der berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ in dieser Beziehung an den berliner Journalen bemängelt, kann mit Fug und Recht auf die londoner Tagespresse angewendet werden. Abgesehen von den Telegrammen des Reuterschen Bureau's

beschränken sich die „Auswärtigen Nachrichten“ in englischen Zeitungen auf ein Minimum. Trotz der Nähe von Paris und der hohen politischen Bedeutung dieses Plazes enthalten die meisten Journale nur jeden anderen Tag Korrespondenzen aus der französischen Hauptstadt, die in den meisten Fällen sich nur auf ein einziges Thema beschränken, und die mannigfachen großen und kleinen Ereignisse, aus denen man den Charakter und die Sitten eines fremden Volkes studiren kann, ganz unberücksichtigt lassen. Berlin, Wien, Petersburg, Rom, Madrid, Konstantinopel, Kairo und Newyork werden noch kümmerlicher behandelt, gar nicht zu gedenken der Hauptstädte von Staaten zweiten und dritten Ranges, wie München, Stuttgart, Kopenhagen, Stockholm, Amsterdam u. s. w., aus denen Berichte in englischen Journalen höchstens vier- oder fünfmal des Jahres figuriren und zuweilen nur dann, wenn sich etwas ganz Außergewöhnliches in denselben zugetragen hat. Der berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ der so vermessen ist, zu behaupten, daß die „Auswärtigen Nachrichten“, der berliner Tagesblätter acht bis vierzehn Tage alt sind, weiß sehr wohl, daß er seinem Blatte, das angeblich die größte Verbreitung in England hat, nur einen Bericht in der Woche zusetzt, während jede berliner Zeitung, ja jedes deutsche Provinzialblatt täglich unter der Rubrik „Großbritannien“ ein Resumé des wichtigsten Inhalts englischer Blätter bringt. Die beiden in London erscheinenden lithographirten Korrespondenzen, die „Englische Korrespondenz“ und die „Anglo-Amerikanische Korrespondenz“ halten die deutsche Presse über jedes politische, soziale oder finanzielle Ereigniß auf dem Laufenden, während man in londoner Tagesblättern vergeblich nach „Miscellanea“ aus Deutschland, Oesterreich oder anderen kontinentalen Staaten forschen dürfte. Fast jedes deutsche Börsenblatt oder jede große politische Zeitung bringt allwöchentlich eine ausführliche Revue über den englischen Geldmarkt; in den tonangebenden londoner Blättern würde man vergeblich nach einer Wochenübersicht über den berliner oder wiener Geldmarkt suchen; selbst die „Times“ und die großen finanziellen Organe scheinen von den kontinentalen Börsen und Geldmärkten keine Notiz nehmen zu wollen, höchstens nur dann, wenn einmal ihrem Ermessen nach die Interessen englischer Kreditoren gefährdet sind. Sonst beschränken sich ihre Nachrichten von

führbar machte. Erst der Donner der Geschütze bei Solferino hat die Krone zur Ueberzeugung gebracht, daß die Theilnahme des Volkes an der Regierung unumgänglich notwendig geworden. (Bravo!) Nachdem nun noch Redner den Unterschied zwischen dem Patente vom Jahre 1861 und den Staatsgrundgesetzen bezüglich der Modalitäten der Reichsrathsbeschickung hervorhebt, geht er zur eigentlichen Motivierung seines Antrages über. — Redner betont, daß ihm die Einheit und Macht Oesterreichs vor Allem am Herzen liege und müsse ihn wie jeden andern Gleichgesinnten der nicht gesicherte Bestand des Reichsraths mit Betrübnis erfüllen. Der Bestand des Reichsraths sei aber insbesondere deshalb nicht gesichert, weil die Wahlen in denselben nicht unmittelbar von den Kurien, sondern vom Landtage aus denselben vorgenommen werden. Denn es reiche auf diese Weise hin, daß sich irgend eine Clique im Landtage bilde, die dann die Situation nach Belieben ausnützen könne. (Rufe: Die Landtags-Majorität ist keine Clique.) — Redner ist deshalb der Ansicht, daß nur direkte Wahlen in den Reichsrath denselben zu stärken und den Bestand desselben zu sichern vermögen; er verlangt schließlich, daß sein Antrag dem Verwaltungsausschusse zugewiesen werde. Dies wird jedoch abgelehnt.

Frankreich.

Paris, 17. Nov. Der Beifall, den die Botschaft des Präsidenten der Republik im ganzen Lande, mit Ausnahme der Pfarhäuser, Bischofsstühle und ihrer legitimistischen Genossen, findet, ist eine Schmeichelei für Thiers, eine Befestigung seiner Regierung, wenn auch nicht seines jetzigen Kabinetts, aber er ist auch ein Baum, damit er Fuß beim Male hält, und er ist eine Auktion, die ihn von den Monarchisten trennt. Ob für immer? Es giebt Leute, welche behaupten, der greise Staatsmann habe eine stille Vorliebe für den schweigsamen Grafen von Paris und er werde demselben die Wege bahnen, obwohl sich bei Lebzeiten nicht zu einer Rolle kommen lassen. Daß Thiers für Aumale keine besondere Vorliebe hat, liegt in der Natur der Sache: Aumale hat Anläufe gemacht, sein Konkurrent zu werden; er ist schäbig, taktlos, aber er ist ehrgeizig, und darin gleicht er seinem Vater Louis Philippe, der auch mit kleiner Münze und möglichst vorsichtig um Scepter und Krone spielte und einmal den Treffer zog, bis er in einer bösen Stunde Alles wieder einbüßte. Thiers wird es der Rechten nie verzeihen, daß sie in der feierlichsten Stunde seiner politischen Laufbahn, wo er die Republik für definitiv erklärte, murrte und zischte und ihn wie einen Eibüchigen beendete. Der Antrag Kerdrel's war der Stich der Schlange, der seine Feste treffen sollte, doch der Sprung mißlang, und wenn der Mann der Situation der Schlange auch nicht den Kopf zu vertreten wagte, so wird er doch nicht umhin können, sich die „Zungen und Pfaffen“, die Paladine Chambord's wie die Schildknappen Bevilot's, vom Halse zu schaffen und ihnen die Krallen zu beschneiden. Die Rechte hofft, bei Gelegenheit der Interpellation Changanier's aus Ministersmunde Worte zu vernehmen, die sie im Lande für ihre Zwecke benutzen kann. Was will Changanier? Die Regierung ihre Zwecke benutzen kann. Was will Changanier? Die Regierung ihre Zwecke benutzen kann. Was will Changanier? Die Regierung ihre Zwecke benutzen kann.

Der Vorstand des linken Zentrums veröffentlicht über die Unterredung, welche er am 16. d. M. mit Herrn Thiers hatte, einige Mittheilungen, denen wir folgendes entnehmen:

Der Vorstand des linken Zentrums hatte heute die Ehre, von Herrn Thiers empfangen zu werden. Der Vorstand hatte erwartet, um diesen Schritt zu thun, bis das linke Zentrum in einer Generalversammlung seine Meinung über die Botschaft des Herrn Präsidenten kund gegeben hätte. Da die Botschaft in der Versammlung mit einstimmiger Zustimmung angenommen wurde, so hat der Vorstand geglaubt, Herrn Thiers den Ausdruck der Sympathie und der Ergebenheit der parlamentarischen Gruppe, der er angehört, überbringen zu müssen. Er ist bereit, wie er es auch in seiner Botschaft sagte, seine persönliche Meinung kund zu geben; aber er wird warten, bis Mitglieder der Versammlung die Initiative ergreifen. Man versichert indes, daß der Präsident die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Nothwendigkeit von zwei Kammern hinlenken wird. Herr Thiers hat übrigens vollständiges Vertrauen auf die Freiheit, welche Frankreich wegen seiner innern Konstitution seine guten Beziehungen sichere, welche es mit den fremden Mächten unterhält, und er bekräftigt seine Hoffnung, daß mit der Ordnung, der Ruhe, dem öffentlichen Kredit, welche deren Konsequenz sind, die Befreiung des Territoriums der Republik ohne Hindernisse in der kürzesten Frist bewerkstelligt werden könne.

„Avenir National“ schreibt: „Man beschäftigt sich augenblicklich im Kriegsministerium mit der Wiederherstellung unseres Kriegsmaterials. So wurden kürzlich zwei Inspektoren nach Bourges geschickt, um die Einrichtung der dortigen Gießerei zu vervollständigen, daß dieselbe im Stande sei, vor einem Monate 90 bis 100 Kanonen des neuen in Trouville erprobten Systems herzustellen.“

Heute fanden in ganz Frankreich die von der National-Versamm-

lung befohlenen öffentlichen Gebete Statt, um den Segen des Himmels auf ihre Arbeiten herabzurufen. Für die Deputierten fand in der versauften Schloßkapelle der Gottesdienst Statt. Der größte Theil der Mitglieder der gesammten Rechten und einige Mitglieder vom linken Centrum hatten sich eingestellt. Thiers erschien an der Spitze seiner Minister. Der Präsident der National-Versammlung, Herr Grévy, fehlte auch nicht; er war von den übrigen Mitgliedern des Vorstandes umgeben. Die präsidentenamtliche Damenwelt hatte sich natürlich ebenfalls eingestellt. Die beiden Quästorinnen, die Frauen der Herren Baze und Martin de Tallières, veranstalteten eine Geldsammlung zu Gunsten der Elsäß-Bohringer, die aber (die frommen französischen Deputierten sind bekanntlich nicht sehr freigebig) recht spärlich ausgefallen sein soll. In der Notre-Dame-Kirche in Paris begann der Gottesdienst um 12 Uhr. In den übrigen pariser Kirchen, Tempeln und Synagogen wurde ebenfalls Gottesdienst gehalten, und die Menge, die sich dort ungeachtet des schlechten Wetters zu diesen verschiedenen Gottesdiensten drängte, war beträchtlich.

Das „Vien public“ schreibt:

Graf Arnim und Herr v. Nemusat haben bereits mehrere Unterredungen wegen der Wiederaufhebung des Paß-Erfordernisses an den deutsch-französischen Grenzen gehabt. Wir hoffen, daß diese Frage bald zur Zufriedenheit der beiden Regierungen gelöst sein wird. Es ist wirklich erstaunlich, bemerkt dazu die „E. V.“, wie ein als offiziell so zu sagen beglaubigtes Blatt eine solche Unwahrheit in die Welt schleudern kann. Wir wissen aus der zuverlässigsten Quelle, daß in den Unterredungen, welche Graf Arnim seit seiner Rückkehr mit dem Minister des Aeußern gehabt hat, das Wort Paß von keinem der beiden Staatsmänner auch nur in den Mund genommen worden ist. Auf die Beschwerde eines hervorragenden französischen Industriellen, welcher dem Minister des Innern vorstellte, daß es nur bei der diesseitigen Verwaltung stehe, den Reisenden der beiden Länder dieser Placerei und die mit dem Visa verbundene Ausgabe zu ersparen, soll Herr Victor Lefranc gutem Vernehmen nach erwidert haben, er könne mit Rücksicht auf die Kommuunikationsfrage die deutsche Grenze nicht freigeben! So lange in den hiesigen offiziellen Kreisen noch solche Anschauungen vorherrschen, muß die deutsche Regierung es offenbar lediglich bei der Repressalie sein Bewenden haben lassen. Es fehlt ihr übrigens nicht hierbei an einer leichten finanziellen Konsoilation. Wie wir hören, vergibt kein Tag, an welchem die Bistrom der Pässe auf der deutschen Botschaft in Paris nicht mindestens 300 Frs. eintrüge. Man kann also dort in Geduld die Befreiung der französischen Administration zu liberaleren Anschauungen abwarten.

Den Soldaten des 4. Husarenregiments ist bei ihrem Einzuge in Chalons sur Marne ein seltsames Abenteuer begegnet, obschon die Einwohner versucht haben, den Einzug so triumphirend wie möglich zu machen.

Als das 4. Husarenregiment in Chalons einzog, nach dessen Räumung seitens der Preußen, hat die Municipalität ihm ein Festmahl vorgesetzt: Fleisch, Früchte, Wein u. Man hatte geglaubt, daß jeder Soldat, wie üblich, sein Kommissbrot haben werde. Aber man hatte ohne die Militär-Intendantur geredet. In der That, da man sich zu Tisch setzte, fehlte das Brot! Man läuft, man fragt an bei der höheren Behörde: die Intendantur hat das Brot vergessen! Was thun? Man begreift die Verlegenheit der Municipalität. Kein Brot und ein todthungeres Regiment! Man macht einen Aufruf an die Bäcker der Stadt; die Bürger bringen ihre Gaben, und nicht ohne Mühe gelingt es, die nöthige Quantität Brotes zu sammeln. Das ist der genaue Bericht des „Siecle“.

Versailles, 16. Novbr. Die Kartons der Petitions-Kommission sind gefüllt mit Tausenden von Dokumenten, die darin seit langen Monaten schlafen. Die Mitglieder der Kommission haben gestern darin eine Auswahl getroffen und welche Petitionen sind es, die zuerst der National-Versammlung vorgelegt werden sollen? Die Liste ist bezeichnend: 1) der Brief des Prinzen Napoleon; 2) die Petition der Einwohner von Ajaccio; 3) die Petition der Pilger von Lourdes, Opfer der Rußföhrungen zu Kantes. Ich weiß aus sehr guter Quelle, daß, als diese Neuigkeit Herrn Thiers mitgeteilt wurde, der alte Parlamentsmann gelächelt und sich die Hände gerieben hat, welches bei ihm ein Zeichen großer Zufriedenheit ist. Er weiß wohl, daß die Freunde des Prinzen Napoleon, der viel weniger populär ist als der Kaiser, und die Bewunderer der Pilger von Lourdes in Frankreich wenig zahlreich sind. Er denkt, die Mitglieder der Rechten werden sich lächerlich machen, wenn sie die Verteidigung dieser beiden Angelegenheiten übernehmen wollten, und er irrt sich darin nicht. Während dessen wird der Präsident, vom Lande unterstützt, die Rechte und das rechte Centrum zwingen, die beiden in der Versammlung des linken Zentrums gefassten Beschlüsse anzunehmen, nämlich: 1) die Amtsgewalt des Präsidenten der Republik wird auf die Dauer von vier Jahren verlängert; 2) eine Spezial-Kommission wird ernannt, um die geeigneten Maßregeln aufzusuchen zur Vervollständigung der gegenwärtigen Institutionen. Herr Thiers verlangt gar nichts Anderes.

Die katholische Geistlichkeit wollte aus der Optionsfrage eine

französisch-katholische Demonstration machen. Dies ist mißlungen. Man hat nun aber wenigstens etwas, um das Loos der Emigranten zu mildern. Die Sammlungen, die von den Ultramontanen angeestellt wurden und deren Ergebnisse im „Univers“ abgedruckt werden, betragen heute 84,381 Fr. Der Bischof von Kantes hat von seinem Klerus und seinen Gläubigen 25,800 Fr. aufgebracht. Diese Döhrse lieferte bekanntlich auch die meisten päpstlichen Zuaben Frankreichs.

Spanien.

Madrid, 16. November. Die von dem Direktorium der republikanischen Partei einberufene Versammlung tritt morgen hier zusammen. Es wird sich zeigen, wie tief der unerbittliche Riß ist, welcher sich in der Partei zwischen den Versöhnlichen und den Unversöhnlichen offenbart hat. Zu den letzteren, den Intransigentes, hält u. A. die republikanische Partei in Malaga, welche mit den besonnenen Aeußerungen Castelar's, Pi y Margall's, Moreno Rodriguez's, Tutan's und ihrer Gefinnungsgenossen nicht einverstanden ist und zu Drense und Figueras hält, die freilich noch nicht die Schlimmsten unter den Schlimmen sind. — In den gestrigen Kongreßverhandlungen über die Hypotheken-Bank bekämpfte Jove y Gebia den Artikel 13. Der Marquis von Sardeal fragte den Minister Echegaray, ob er die sozialistischen Erklärungen Romero Giron's annehme, in welchem Fall er mit seinen Freunden sich von ihm trennen würde. Ramos verweigerte, daß ökonomische Fragen die Partei nicht spalten könnten, und rieth Echegaray, nicht zu antworten. Die Opposition verlangte die Fortsetzung der Berathung; die Abstimmung war zweifelhaft und es entstand große Aufregung, bis die Sitzung zuletzt aufgehoben wurde. — Aus Perpignan wird hierher gemeldet, daß 23 aus Marseille angelangte Kisten mit Gewehren, die für die Karlisten bestimmt waren, dort am Bahnhofe von den Behörden in Beschlag genommen worden sind.

Italien.

!? Rom, 16. November. Die „Florentiner Natione“ sagt über die Stellung des Kriegsministers zum Parlamente:

Die Kammer wird noch im Laufe dieses Jahres das vorläufige Budget für das Jahr 1873 zu prüfen haben. Wir wissen nicht, was sie dazu sagen wird, daß wir während dieses Jahres höchstens 193,000 Mann unter den Waffen gehabt haben, und wenn wir die Carabinieri davon abziehen, 173,000, während Frankreich 425,000 Mann unter den Fahnen gehalten hat, 29,000 Mann Gendarmen gar nicht mitgerechnet. Dort beläuft sich das reguläre Budget auf 431 Millionen, während es bei uns auf 148 Millionen veranschlagt ist. Aber die größte Aufmerksamkeit muß die Kammer auf den außerordentlichen mit 21 Millionen eingetragenen Theil des Kriegsbudgets richten, welche für Bewaffnung, Vertheidigungswerke und Fabrication von Artilleriematerial bewilligt worden sind. Die Kammer hat nicht allein das Recht, sondern es ist auch ihre heilige Pflicht, sich in jeder Beziehung die Gewissheit zu verschaffen, daß das Land nicht unbewaffnet überfallen werden kann. — Für Beschaffung von 300,000 Wetterlogepfeilen, welche kaum für das erste Aufgebot hinreichen, hat man vier Jahre, bis Ende 1875, bestimmt, eine kümmerliche Bewaffnung, welche viel zu viel Zeit für die Fabrication in Anspruch nimmt; und wir wissen nicht einmal, wie viele Gewehre nach einer Arbeit von länger als einem Jahre fertig geworden sind. Für die neue Feldartillerie hat man zwei Jahre Zeit verlangt; ein Jahr ist schon vorüber und von den neuen Geschützen ist noch nicht ein einziges zu sehen. Im Jahre 1873 sollen wir 800 Stück haben; noch zu wenig, denn nach dem Kommissionsberichte über den Entwurf der neuen Heereseinrichtung müssen wir wenigstens Tausend haben. — Für die Errichtung des Damms im Meerbusen von Spezia sind 5 Jahre bestimmt worden. So viel wir in Erfahrung gebracht, hat man noch nicht einmal Hand angelegt. — Zehn Jahre hat man für Befestigungsarbeiten in diesem Meerbusen und andere zehn Jahre für die Beschaffung schwerer Artillerie bestimmt! und die Seelisten sind gerade unsere schwache Seite. Summen, welche im Laufe dieses Jahres flüssig geworden sind, waren für die Anlage einer Gießerei von Kanonen schweren Kalibers ausgemworfen. Wir haben aber alle Ursache zu glauben, daß zu dieser Gießerei noch kein Stein gelegt worden ist. — Der betreffende Betrag der angeordneten Rechnungen und Anweisungen findet sich im außerordentlichen Theile des Budgets. Wir wiederholen es, die Kammer muß ihre Aufmerksamkeit auch auf diesen Punkt richten; denn trotz Allem, was ausgegeben worden ist, und was noch ausgegeben werden muß, werden wir vor zehn Jahren nicht bewaffnet sein, werden wir keine Festungen haben und nicht einmal das unentbehrliche Vertheidigungsmaterial. In dem Augenblicke, in welchem wir schreiben, hat man noch nicht daran gedacht, unsere Alpenpässe mit Vertheidigungswerken zu schließen, nicht einmal einen Plan zu den großen Festungen entworfen, und nicht einen einzigen Küstenpunkt befestigt.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Nov. Man wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit 23 in Oléron gefangen gehaltene Kommunisten sich in einem Briefe an die „Times“ über die Grausamkeit, Unterschlagungen u. s. w. ihrer Gefängniswärter beklagt haben. Beschwerden an die Regierung, hieß es, seien unnütz gewesen und meistens wären die Briefe unter-

(Fortsetzung in der Beilage.)

kontinentalen Börsenplätzen nur auf Cours-Depeschen und wortfarge Telegramme. Nur sehr wenige englische Journale halten deutsche Zeitungen und reproduzieren aus denselben Artikel, und geschieht dies schon einmal, so werden die „Foreign News“ nicht in geordneter Reihenfolge, sondern über das ganze Blatt zerstreut gebracht, wo sie der ungelübte und oberflächliche Zeitungsläser nicht sucht. Während von London aus jedes Eisenbahn- oder Gruben-Unglück getreulich, mitunter sogar auf telegraphischem Wege, nach Deutschland gemeldet wird, werden über ähnliche Vorfälle auf dem Kontinent englischen Blättern nur höchst selten Mittheilungen gemacht. Von dem jüngsten Unglück in der Synagoge in Ostrow hat z. B. noch keine einzige londoner Zeitung irgend welche Nachricht gebracht. Aus dieser Tendenz englischer Organe, Vorgänge im Ausland zu vernachlässigen oder in den Hintergrund zu schieben, erklärt sich auch die zuweilen grobe Unkenntnis, die selbst in den besseren englischen Ständen über deutsche und kontinentale Angelegenheiten vorherrscht. Die Vorurtheile, die in einem großen Theile des gebildeten englischen Publikums gegen das deutsche Volk gehegt werden, der Deutschenhaß der untern Volksschichten, alles das ist nur die Folge des Mangels an tüchtigen Berichten über deutsche Verhältnisse in der englischen Presse und des Umstandes, daß die spärlichen Mittheilungen aus Deutschland von unfähigen, öfters kaum der deutschen Sprache mächtigen und mit absurden Vorurtheilen behafteten englischen Berichtskattern herrühren, die um so nachtheiliger einwirken, als die Redaktionen, wie gesagt, sich nur allein auf dieselben beschränken und jeder Berichtigung von kompetenter Seite ihre Spalten verschließen. Eine löbliche Ausnahme macht allerdings die „Times“, die hin und wieder leider nicht von Jedermann gelesen. Was andere kontinentale Länder als Deutschland anbelangt, so sind die Unterlassungsünden der englischen Presse womöglich noch größer und zahlreicher. Auf alle Fälle darf sich die deutsche Presse, was die Aufklärung ihrer Leser über auswärtige Zustände anbetrifft, getroßt mit den englischen Preßorganen messen.

M. S. (Fremdenbl.)

* Graubenz, 9. November. Der „Ges.“ hat von Herrn Rubehn in Briesen folgende Mittheilung erhalten: „Bei dem Chausseebau nach

Bahnhof Briesen stieß man bei einem Hügel unweit des Bahnhofes bei 1 1/2 Meter Tiefe auf zwei menschliche Skelette, die unmittelbar neben einander gebettet waren und eine transforierte Einsassung von kleinen Steinen hatten. Zur Rechten des einen Gerippes befand sich ein ca. 12 Cm. langes, 2 und 3 Cm. breites, spitz zulaufendes Messer oder Lanzenspitze aus schwarzem Feuerstein in roher Bearbeitung. Die Knochenreste waren sämtlich noch erhalten. Leider konnte aber von beiden Skeletten nur ein Schädel vor der Zerstörung bewahrt werden. Dieser Schädel nun ist von einer so prägnanten Schönheit, so ohne jegliche Adürung, wie ihn wohl selten eine Sammlung aufzuweisen haben dürfte, und seine Abweichung von der Schädelbildung der kaukasischen Rasse ist so groß, daß sie selbst einem Laien auffallen muß. Der sogenannte Camper'sche Gesichtswinkel beträgt wohl wenig mehr als 70°, die Stirn ist flach und zurückgedrängt, die Schläfengegend zusammengegedrückt, das Ohr hinausgerückt und die Partie der Kiefernerknochen sich weit nach vorn. Das Gesicht selbst ist fast vollständig vorhanden, weicht aber infolgedessen von dem der jetzt lebenden Völker der Gegend ab, als die kerngebundenen Zähne auffallend klein und enggerichtet stehen, besonders die Schneidezähne, während die abgeschliffenen Kauflächen beweisen dürften, daß das Individuum viel harte vegetabilische Nahrung zu sich genommen hat. Der ganze Typus des Schädels drückt demnach etwas Thierisches aus, und in Anbetracht des augenscheinlich kleinen Gehirnräumcs möchte man auf wenig geistige Begabung schließen.

* Der Bassist Scaria sah dieser Tage — es war am Vorabend der Aufführung des „fliegenden Holländer“ — im sogenannten Spiegelsaal des Hotels „zum Erzherrzog Johann“ in Graz und war angelegentlich damit beschäftigt, auf einem als ausdauernd sich erweisenden Hühnerchen an die Gefährde des Wohlbehagens hinüberzureiten. Diese gastronomischen Leibesübungen hielten indes den Künstler nicht ab, zu bemerken, wie der Portier außen vor der Thür des Saales ängstlich hin und her sich bewegte, und den hart an der Thür sitzenden Sänger mit allen Zeichen der Besorgnis umkreiste. Herr Scaria mochte glauben, der gute Mann, dessen man sich einer solchen gedungenen Absicht wohl versehen konnte, nehme in Gedanken das Maß zu einem Vorbeefranze für das Haupt des Sängers, um erforderlichen Falles seinen Kommittenten die rechte Kopfweite angeben zu können, als der Portier die Thüre mit einem raschen Griff wegschob und sich ehrsüchtig voll salutirend an der Seite des Herrn Scaria aufplante. „Entschuldigen gnä Herr, möchten Sie nicht lieber einen andern Tisch wählen, es zieht hier gar sehr in der Nähe der Thür.“ — „Macht mir nichts“, sprach Herr Scaria. — „Aber mir, gnä Herr“, flüsterte muthiger der Portier, „ich habe für Ihr morgiges Auftreten siebenundvierzig Sperr-

sche in der Tasche — wenn Sie mir heiser würden!“ — Herr Scaria schaute hoch auf. — Diese Sorgfalt um sein Wohlbefinden rührte ihn tief, und er beruhigte den Kolporteur seines Ruhmes mit der lordialsten Versicherung, that demselben auch noch das zulebte, daß er sich einen anderen Tisch wählte. So erzählt der Feuilletonist eines Grazer Blattes.

* Ueber die Wirkungen des einschlagenden Blizes auf Bäume hat Prof. Colladon eine Arbeit veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen: Die Bäume wirken auf die Elektrizität der Wolken wie Bligableiter, sie leiten dieselbe leicht in den Boden über und können gewaltige Entladungen vermitteln, ohne daß an ihnen eine Spur davon zurückbleibt. Sind Spuren des Blizes geblieben, so finden sie sich, wenn auch gar kein Zweifel ist, daß der Blitz die obersten Aeste und Zweige gleichfalls getroffen hat, nie über einer gewissen Höhe. Aus seinen Beobachtungen zog Colladon den Schluß, daß, z. B. an den Pappeln diese Spuren nicht über das untere Drittel des Baumes hinausgehen, daß aber, wenn mehrere solcher Bäume beisammen stehen, stets der höchste getroffen wird. Nachdem er die Wirkungen des Blizes auf verschiedene Arten von Bäumen geschildert hat, kommt er auf die Möglichkeit zurück, die Bäume als Bligableiter zu verwenden, und glaubt, daß dieselbe nicht in Zweifel gezogen werden könne. Er schlägt besonders Pappeln zu diesem Zwecke vor und rath, an denselben noch überdem Bligableiter anzubringen, welche in eine feuchte Stelle des Erreichs zu leiten sind. Daß übrigens unter ungünstigen Umständen die Nähe hoher Bäume den Häusern auch gefährlich werden kann, zeigt ein Fall, den Colladon selbst mittheilt: Auf dem Plateau von Dner stand östlich von einem Hause und demselben sehr nahe eine hohe Pappel, während westlich ein Sumpf sich befand. Als vor einigen Jahren in die Pappel der Blitz schlug, sprang er, um zu dem Sumpfe zu kommen, auf das Dach über und setzte das Haus in Brand. Der Sumpf hätte hier in der Nähe der Pappel sich befinden und womöglich mit derselben verbunden werden müssen.

* Ein Unfall der Carlotta Patti. Aus New-York meldet man unter dem 31. Oktober d. J.: „Den europäischen Freunden der Fräulein Carlotta Patti wird es eine traurige Kunde sein, daß dieselbe mit der Operntroupe des Herrn Straloff, auf einem Eisenbahnzuge bei Beamsville in der Grafschaft Ontario, wenn auch nicht lebensgefährlich, verunglückt ist. Nach einem Telegramme, das die heutige „Newyork Tribune“ empfängt, geriet der Zug vorgestern Nachmittags infolge übermäßiger Geschwindigkeit aus dem Geleise; auf diesem Zuge befand sich Straloff mit seiner ganzen Gesellschaft; außer Mario erlitten Fräulein Patti und Fräulein Cary arge Quetschungen, die Erstere auch eine Konfusion an der linken Seite des Kopfes.“

Heut beginnt die Beratung der Kreisordnung im Abgeordnetenhaus; so viel wir hören, wird nur von den äußersten Konservativen und von den Ultramontanen gegen die Vorlage prinzipieller Widerspruch erhoben werden. Diese beiden Fraktionen sind es denn auch, welche bei der ersten Beratung eine Diskussion herbeiführen werden. Die Konservativen werden vermutlich den Abg. v. Meyr (Arnswalde) und vielleicht auch noch einen anderen Abgeordneten, die Zentrums-Partei voraussichtlich ihre Koryphäen, Reichensperger und v. Mallinckrodt, ins Gefecht schicken. Ob die Fortschrittspartei noch einen Redner absenden wird, dürfte noch fraglich sein, jedenfalls will sie einzelne Amendements zur Kreisordnung stellen, dann aber mit großer Majorität für die unveränderte Vorlage stimmen. Wie wir weiter hören, will man sich von nationalliberaler und freikonservativer Seite der Diskussion enthalten, wenn nicht eben die Redner der Opposition mit Gewalt die anderen Parteien zum Kampfe herausfordern. Die große liberale Majorität wird sich für unveränderte Annahme der Vorlage entscheiden. Ein Antrag auf en bloc-Akzeptanz wird der Form wegen nicht gestellt werden. Dies sind so ungefähr die Beschlüsse, welche die Fraktionen in ihren letzten Versammlungen gefaßt haben. Man glaubt mit Bestimmtheit, die erste Beratung heute beendigen zu können. Am Donnerstag wird sich das Haus mit den Anträgen Reichensperger und Mallinckrodt beschäftigen, die eine starke Debatte verursachen werden. Die liberalen Fraktionen werden sich, so lautet die uns zugegangenen Nachrichten, heute Abend darüber schlüssig machen.

Auch in Versailles dürfte heute eine große Frage zur Entscheidung kommen: Die Verlängerung der Vollmachten Thiers'. Noch ist, wie wir aus den letzten Depeschen erfahren (vgl. unser Morgenbl.), der Antrag nicht formell gestellt, indessen wüthet bereits ein sehr heftiger Kampf um eine entscheidende Position, und am Montag ist die erste große Schlacht des parlamentarischen Winterfeldzuges geschlagen worden. Gefeht hat — Hr. Thiers. Freilich nur dadurch, daß die Rechte der letzten entscheidenden Abstimmung mit Gewehr bei Fuß beivohte und es der Linken überließ, sich mit ihrem äußersten — radikalen — Flügel auseinander zu setzen, aber immerhin muß konstatiert werden, daß die Rechte, wenn auch groß und im Bewußtsein ihrer Stärke, diesmal als „der Starke muthig zurückgewichen ist“ und den Gegnern das Schlachtfeld preisgegeben hat. Die Rechte konnte nicht anders. Sie hatte Sonne und Wind gegen sich und sich überdem noch durch den General Changanier gleich im Beginn des Treffens auf ein schlüpfriges Terrain führen lassen. Der greise General sprach das Wort von der „provisorischen Regierung“ aus, damit gab er Herrn Thiers eine bedenkliche Blöße und setzte sich der Gefahr aus, von demselben an der Spitze der vereinigten Linken überflügelt zu werden. Herr Thiers benutzte als gewandter Kämpfer die Gelegenheit, dem Gegner zuzurufen: „Sie beklagen sich, daß die Regierung nur eine provisorische ist, schaffen Sie also eine definitive Regierungsform. Der Augenblick ist günstig, Frankreich wird sie annehmen!“ Diesen in voller Siegesüberstimmung hingeworfenen Handschuh nahm die Rechte nicht auf. Sie trat, wenn auch fest und geschlossen, die Rückzugsbewegung an, lehnte in Gemeinschaft mit beiden Zentren den Antrag der verbündeten republikanischen und äußersten Linken ab. Bei der zweiten Abstimmung operirten die beiden Flügelparteien gemeinsam gegen die Zentren, bei dem Antrag Mettetal endlich war die Situation für die Linke schon soweit gediehen, daß sie ein Vertrauensvotum für Herrn Thiers in Aussicht nehmen konnte. Hier räumte die Rechte das Feld. Sie wollte Herrn Thiers und der Linken nicht auch noch helfen; die Frucht des über sie erfochtenen Sieges einzubeißen, konnte dieselbe aber auch nicht mehr erheben, da es sich um ein Vertrauensvotum für den Präsidenten handelte. Es war der moment suprême. Gegen 117 Stimmen der radikalen Partei setzten 267 Stimmen, fast nur dem 230 Mann starken linken Zentrum angehörig, das Vertrauensvotum durch — das Vertrauensvotum einer Minorität. Diese Abstimmung wird viel zur Klärung der Parteien beitragen. Der Sieg der Regierung ist kein glänzender, aber immerhin ein Sieg, welcher beweist, daß es den Gegnern auf der Rechten an dem moralischen Muth fehlt, im offenen Felde und aktiv gegen die Regierung vorzugehen, welcher beweist, daß die Stärke der monarchischen Parteien lediglich in der Negative beruht.

Auch das ungarische Unterhaus war vorgestern wiederum Schauplatz einer tumultuarien Sitzung, welche die dortige Linke durch ihre Angriffe gegen den Ministerpräsidenten herbeigeführt hatte. Die Deakpartei hat wiederum in gewohnter Weise dem Grafen Konyay treu zur Seite gestanden, dennoch sah sich der Präsident veranlaßt, der Reizung der Radikalen zu weiteren Konflikten dadurch vorzubeugen, daß er einen durch das unparlamentarische Gebahren derselben entstandenen Tumult zum Anlaß nahm, die Sitzung zu schließen. Die Adresse des galizischen Landtags ist fertig; sie, die sonst wahrscheinlich das Thema der direkten Wahlen, weil man noch gar nicht wissen kann, ob sie auch für Galizien in Aussicht genommen werden, gar nicht berührt hätte, hat angesichts des rutenischen Antrages zu Gunsten solcher Wahlen alle Zurückhaltung aufgeben zu müssen geglaubt und sich sehr entschieden gegen ein verändertes Wahlsystem erklärt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung alle Ursache hat, sich über den ungeschickten Eifer ihrer guten Freunde zu beklagen.

Nicht geringes Interesse verdient eine den belgischen Kammern zugegangene Vorlage, wonach die Regierung „für Errichtung und Ausstattung neuer Schulhäuser“ einen Kredit von zwanzig Millionen beansprucht. Dieser Kredit kann indeß, wie „Echo du Parlement“ hervorhebt, durch die Gewalt der Umstände keine sofortige Anwendung finden, die Regierung werde „im geeigneten Augenblick“ vielmehr den Kammern weitere Vorlagen machen.

Andererseits hat sich dagegen in England die Strikemanie auch der Wächter des Gesetzes bemächtigt. Achtzig Polizeibeamte Londons haben am Sonnabend einfach die Arbeit eingestellt und sind dafür verdienntemäß natürlich entlassen worden. Wie sich „im Lande der Erbweisheit“ die Sache gestalten würde, wenn, Dank der Manchesterlehre, einmal die gesammte Polizei Londons striken sollte, liegt wohl noch außerhalb der Berechnung der modernen Volkswirtschaft.

Aus Kalkutta, 15. November wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet, daß am 21. Mai d. J. zwischen Rußland und Altalisch Schace ein Vertrag unterzeichnet worden ist, welcher den freien Handelsverkehr zwischen Rußland und dem östlichen Turkestan herstellt.

Für das auf dieser Seite Folgende

übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Ein Hilferuf vom Ostseestrande.

Ein schweres Unglück hat Neu-Vorpommern und Rügen betroffen. Der graufige Nordost-Sturm, welcher ganz Norddeutschland durchzog, hat in unserm Regierungsbezirk am 13. November die furchtbaren Verwüstungen angerichtet. Die See ist übergetreten und hat das Land meilenweit überschwemmt, die Gebäude vieler Ortschaften sind gänzlich zerstört, ihre Saaten völlig ruiniert, große Heerden Vieh sind ertrunken und der beinahe unerfegliche Verlust von Hunderten von See- und Binnenschiffen ist zu beklagen.

Viele Familien haben durch diese Ueberschwemmung, die furchtbare, welche seit Jahrhunderten unsere Küste heimgesucht hat, ihr Hab und Gut verloren; das wilde Element hat ihr ganzes Besitzthum verschlungen. Die Sorge für diese vielen Hilfsbedürftigen tritt an ihre Mitmenschen heran. Deutsche Brüder, Euch Alle rufen wir hiermit um Hilfe an; wir wissen, daß wir nicht vergeblich rufen, denn das deutsche Herz schlägt warm von Mitgefühl und deutsche Warmherzigkeit hat sich noch stets bewährt.

Die Verluste werden nach Millionen zählen! Die Noth ist groß! Drum sendet schnell Eure Gaben zur Linderung des Elends.

Die Unterzeichneten sowie die Erped. der Posener Zeitung sind bereit, Geld und andere Beiträge entgegenzunehmen.

Stralsund, den 16. November 1872.

Das Comité

zur Unterstützung der in Noth grassenden Bewohner von Neu-Vorpommern und Rügen.

Regierungspräsident Graf v. Behr-Regedank, Vorsitzender; Diaconus Pfundheller, Schriftführer; Consul C. Diefelmann, Kassensführer;

Generalmajor, Kommandant v. Bischofshausen; Buchhändler A. Dühr und Rathsherr Leichen, Stralsund; Landrathsamtsverweser Kammerherr v. Buggenhagen, Dambek bei Güstrow; Schiffsbau-meister Dierling, Damgarten; Kreisdeputirter Kammerherr v. Gadow, Hugelstorf bei Tribsee; Landrath v. Keffenbrück, Grimmen; Pastor Knust, Passau; Regierungspräsident a. D. Graf v. Kraffow, Bannewitz bei Ginst a./M.; Consul Wehlhorn, Anklam; Senator Rastow, Wolgast; Senator Samuel, Damgarten; Senator Steinort, Barth; Geheimer Rath Tschmann und Rechtsanwalt v. Bahl, Greifswald; Kaufmann Carl Wallis, Barth; Kommerzienrath Wallis, Wolgast.

Der heutigen Nummer liegt ein Extra-Blatt bei, enthaltend Anerkennungen über die Heilwirkungen der Hoffischen Malzpräparate bei Hämorrhoiden, Lungen-, Magen- und katarthallischen Leiden etc. — Verkauf bei den Herren Gebr. Plesner, Markt 91, und Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Bei allen Krankheiten bewährt sich ohne Medicin und ohne Kosten die delicate Gesundheitsrevalescière du Barry von London, die bei Erwachsenen und Kindern ihre Kosten 50fach in anderen Mitteln und Speisen erspart.

Ausgang aus 75,000 Genesungen an Magen-, Nerven-, Unterleibs-, Brust-, Lungen-, Hals-, Stimm-, Athems-, Drüsen-, Nieren- und Blasenleiden — wovon auf Verlangen Copien gratis und franco gesendet werden:

Certificat Nr. 64.210.

Neapel, 17. April 1862.

Mein Herr! In Folge einer Leberkrankheit war ich seit sieben Jahren in einem furchtbaren Zustande von Abmagerung und Leiden aller Art. Ich war außer Stande zu lesen oder zu schreiben; hatte ein Zittern aller Nerven im ganzen Körper, schlechte Verdauung, fortwährende Schlaflosigkeit und war in einer steten Nervenauflage, die mich hin- und hertrieb und mir keinen Augenblick der Ruhe ließ, dabei im höchsten Grade melancholisch. Viele Aerzte hatten ihre Kunst erschöpft, ohne Besserung meiner Leiden. In völliger Verzweiflung habe ich Ihre Revalescière versucht und jetzt, nachdem ich drei Monate davon gelebt, sage ich dem lieben Gott Dank. Die Revalescière verdient das höchste Lob, sie hat mir die Gesundheit völlig hergestellt und mich in den Stand gesetzt, meine gesellschaftliche Stellung wieder einzunehmen. Mit innigster Dankbarkeit und vollkommener Hochachtung

Marquise de Bréhan.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Tblr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Tblr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Tblr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Tblr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Tblr. — Revalescière chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Tblr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Tblr. 27 Sgr. Revalescière-Bisquit in Büchsen à 1 Tblr. 5 Sgr. und 1 Tblr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Nothe Apotheke A. Fuhl, Krug & Fabricius, S. Fromm, Jacob Schlesinger & Söhne in; Polnisch-Lissa bei C. A. Scholz, in Bromberg bei C. Hirschberg, Firma; Jul. Schottländer, in Graudenz bei Frits Engel, Apotheker, in Breslau bei C. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

Die

Illgener Dampfmühle

ist am 15. November a. e. eröffnet worden und empfiehlt ihre Fabrikate einer gütigen Beachtung.

Illgen bei Fraustadt, im November 1872.

Die Verwaltung.

163. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung II. Klasse am 27. November 1872.

Loose zu dieser Klasse sind eingetroffen.

S. Litthauer in Posen,

17. Wilhelmplatz 17.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.



Die Lieferung von ca. 20,000 Stücken verschiedener Schwellen von Eichen- und Kiefernholz soll auf dem Wege der Submission vergeben werden. Die Bedingungen der Submission und der Lieferung sind auf portofreie Anfragen von unserer Kanzlei zu beziehen. Angebots sind der in den Bedingungen enthaltenen Vorchrift entsprechend, verschlossen und mit der Aufschrift **Schwellen-Submission** versehen, bis zum

30. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

portofrei an uns einzusenden. Zur gedachten Stunde erfolgt die Eröffnung der Angebote in unserem Central-Bureau, Breslau, Berlinerstraße 76, 1. Etage, Zimmer Nr. 5, in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter.

Breslau, den 16. November 1872.

Die Direction.

In unserm Verlage ist erschienen:

Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Państwa 1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedynczo 10 sgr.

Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kościelnego

Anna Orzelska, pani Błękitnego Pałacu, przez J. Barloszewicza; O rodzinie Kopernika; Wyprawa do miasta, historia noworoczna;

Obliczenia cen nowych miar i wag podług starych;

Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i t. d.

Posen, im Oktober 1872.

Gesbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel.)

Den 1. December d. J. eröffne ich zu Posen,

Venetianerstraße Nr. 8,

eine Dampffärberei u. chemische

Waschanstalt,

verbunden mit

Druckerei und Appretur.

Alle Aufträge werden in kürzester Zeit zur Zufriedenheit ausgeführt werden.

Da ich in den Städten der Provinz Commanditen errichten beabsichtige, so bitte ich darauf Reflectirende möglichst schnell sich melden zu wollen.

Julian Ziemski,

Große Gerberstraße 36.

Steidl & Cie.

Inhaber und alleiniger Besitzer der

J. W. Dieffenbach'schen

Punsch-Fabrik, München,



1/2 u. 1/1 Flaschen.

1/2 u. 1/1 Flaschen.

Nur acht, wenn auf der Flasche obiges Wappen

erkennlich ist.

Die Punsche, als: Punsch-Romain, Imperial, Royal & Ananas, sind zu haben bei den Herren **Jacob Appel, Kaufmann, W. F. Mayer, Kaufmann, Cichowicz, Kaufmann, H. Wolkowitz, Conditor** in Posen.

drückt worden. Das genannte englische Blatt hat darauf einen Korrespondenten nach Oloron geschickt, dem auf Anordnung der französischen Regierung uneingeschränkter Zutritt zu den Gefangenen gestattet wurde. Derselbe erklärt nun in einem mehr als sechs Spalten langen Briefe, daß die der Gefängnisleitung gemachten größeren Vorwürfe übertrieben, wenn auch in manchen Beziehungen nicht unbegründet sind. Wahr ist, daß die Unglücklichen sehr viel in den letzten 18 Monaten zu leiden hatten und noch gegenwärtig zu leiden haben. Besonders sind ihre Klagen über Mangel an Reinlichkeit begründet. Die „Times“ ist der Ansicht, daß es der französischen Regierung zur Ehre und der Sicherheit des Volkes nicht zum Nachtheile gereichen würde, wenn eine Auswahl unter den verurtheilten Kommunisten gemacht, die Mordführer nur bestraft, alle Uebrigen dagegen, die meistens jung und verführbar sind, freigelassen würden. — Auf Ersuchen des Prinzen Arthur von Kapitan Brakenbury, Professor an der woolschier Militärschule, wurde ihm und einigen von dem Prinzen eingeladenen Offizieren eine Reihe von militärischen Privatvorlesungen gehalten. Gegenstand derselben wird unter Anderem sein: der Feldzug von 1870; die Organisation des französischen und deutschen Heeres; Einfluß der Ereignisse von 1866 und mehrere andere besonders auf die deutsche Heeresverfassung und den deutsch-französischen Krieg bezügliche Ereignisse.

Rußland und Polen.

Warschau, 18. November. Die ultranationalen russischen Blätter beschäftigen sich wieder sehr angelegentlich mit den Verhältnissen Oesterreichs. Die Petersburger „Börsezeitung“ lobt die bisherige konservative Politik der Czaren, der sie allein ihre Existenz und den Umstand zu verdanken hätten, daß sie nicht die Feinde der Ungarn oder der Deutschen geworden seien. Nur der passive Widerstand der Czaren als Grundlage der Vertheidigung ihrer Rechte können sie für die slawische Welt erhalten und ihnen die Sympathien Rußlands sichern. Der „Ruski Mir“ ergeht sich in Klagen über die immer wieder in Wien hervortretende politische und religiöse Reaktion und spottet über die Verordnungen Stremayer's, der den Schülern anbefiehlt, sich an Professionen zu betheiligen, wenigstens einmal wöchentlich die Kirche zu besuchen u. s. w. Die „Sowrem. Zvy.“ besprechen den Einfluß, den die Berliner Monarchen-Zusammenkunft auf die Deutschen und Slawen geübt haben; die Deutschen hätten mehr Muth zur Bedrückung der Slawen gewonnen. Die Slawen seien sehr verstimmt darüber, daß die russische Regierung öffentlich der slawischen Politik entsagt, ungeachtet sie noch im Dezember v. J. in ihrem offiziellen Organ die Existenz der slawischen Frage anerkannt habe. Um mit Oesterreich in Eintracht zu leben, habe Rußland seine militärischen Bundesgenossen, die Slawen, verrathen. Aber die Freundschaft beider Staaten sei etwas so Unnatürliches, daß kein Mensch daran glauben könne. — Einer Mittheilung des Ministeriums des Kommunikationswesens zufolge werden die im Bau vollendeten russischen Eisenbahnen am 1. Januar l. J. eine Gesamtlänge von 13,954 Werst (1993½ Meilen) haben und die Gesamtlänge der im Bau begriffenen Eisenbahnen wird alsdann 3690 Werst (527½ Meilen) betragen. — In vergangener Woche reisten die Herren Nadolski, Schamroth und Kephau aus Kalisch hier durch Warschau, um sich nach Petersburg zu begeben, wo sie sich um die Konzession zur Bauausführung der Bahnlinie Lodz-Kalisch bewerben wollen. Ihre Bewerbung wird vom Statthalter Grafen Berg unterstützt. — In der deutschen Fabrikstadt Lodz, die gegenwärtig 54,000 Einwohner zählt, und sich eines bedeutenden Wohlstandes erfreut, geben in der diesjährigen Winterfaison zwei deutsche Theatergesellschaften Vorstellungen, die täglich in der Regel sehr zahlreich besucht sind.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die von dem Handelsminister Grafen Tzenplitz vorbereitete große Eisenbahnvorlage, welche einen Kredit von 120,000,000 Thlrn. beansprucht, wird demnächst an den Landtag gelangen. Der Vorlage ist, wie der „Hamb. Korresp.“ hört, eine ausführliche Denkschrift beigegeben, welche nach Erörterung der Systeme der Staatsbahnen und der Privatbahnen den in Preußen in Blüthe stehenden gemischten Systeme schließlich den Vorzug einräumt. Im Großen und Ganzen soll also Alles beim Alten bleiben. Indessen erkennt die Denkschrift an, daß es das Bestreben der Regierung sein müsse, das Prinzip der Konkurrenz gegenüber den großen Eisenbahngesellschaften zu begünstigen, um zu verhindern, daß dieselben sich zu einer dem Staate ebenbürtig gegenüber tretenden Macht entwickelten.

* Die Fraktion der Deutschen Fortschrittspartei, welche gegenwärtig 49 Mitglieder zählt, hat sich am Freitag Abend neu konstituiert und auf Grund ihrer etwas modifizierten Geschäftsordnung die Abgeordneten Dr. Loewe, Dr. Birchow, Krosz (Berlin), Philipps und Berger (Witten) in ihren Vorstand gewählt. Die Abgeordneten v. Sauten-Insterburg und Ullendorff wurden zu Schriftführern ernannt.

* Die Abg. Duncker und Eugen Richter haben einen aus einem einzigen Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem kein unmittelbarer preussischer Beamter ohne vorgängige Genehmigung des Ressortministers ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, mit welcher eine fortlaufende Remuneration verbunden ist, übernehmen oder ein Gewerbe betreiben darf. Derselbe Gesetzentwurf soll zum Eintritt eines preussischen Beamten in den Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrath einer jeden auf Erwerb gerichteten Gesellschaft erforderlich sein. Sie darf jedoch nicht erteilt werden, sofern die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration verbunden ist. Die erteilte Genehmigung soll jederzeit widerruflich sein. Derselben Beamten, welche in einem Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrath einer oben bezeichneten Gesellschaft sich bereits befinden, haben bis zum 1. Juli 1873 dieses Verhältnisses zu lösen oder den Staatsdienst zu verlassen. Die Zustimmung der nationalen liberalen Fraktion zu diesem Entwurf steht, der „Bosn. Ztg.“ zufolge, im Ausblick.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. November.

— An den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in der 2ten Abtheilung, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben, theilnahmen sich von 697 stimmberechtigten Wählern 353, d. h. also 50,7 pCt., während am Tage zuvor, in der 3. Abtheilung, 50 pCt. der Wähler erschienen waren. Trotzdem sich also nur die Hälfte der stimmberechtigten Wähler an den Wahlen betheiligte, waren doch, als um 2 Uhr

das Wahllokal geschlossen wurde, noch ca. 60 Wähler anwesend, so daß erst um 3 Uhr das Resultat der Wahl festgestellt werden konnte. Allgemein war die Klage über die Langsamkeit bei dem Wahlverfahren und haben manche der Wähler wohl eine Stunde und darüber warten müssen. Es liege sich diesem Uebelstande vielleicht dadurch abhelfen, daß die Wähler von A—K und von K—Z an getrennten Orten ihre Stimmen abgeben. Diese Trennung wäre vollkommen gerechtfertigt, da in keiner der anderen Wahlabtheilungen, resp. Wahlbezirke, eine so große Anzahl von Wählern enthalten ist, als gerade in dieser. Denn in der 3. Abtheil. enthält jeder der Wahlbezirke nur 303—526 Wähler, während die 1. Abtheilung sogar nur 236 stimmberechtigte Wähler zählt. — Die Wähler der 2. Abtheilung bringen ebenso, wie die der anderen Abtheil. ein Drittel der städt. Einkommensteuer auf, und sind zusammen von einem Einkommen v. 768,956 Thlr. besteuert. Das Einkommen derselben ist auf 1812—800 Thlr. veranlagt und hat jeder der Wahlberechtigten dieser Abtheilung eine Einkommensteuer von 60—15 Thlr. aufzubringen. Die Wähler der 1. Abtheilung sind von einem Einkommen von 24,000—1850 Thlr. besteuert, und haben eine städtische Einkommensteuer von 900—60 Thlr. zu zahlen. Die Anzahl sämtlicher Wähler, welche zu den Stadtverordnetenwahlen berechtigt sind, beträgt 2597 (236 in der 1., 697 in der 2., 1664 in der 3. Abtheilung), es ist dies also etwa der 20. Theil der Einwohner, resp. der 5. Theil der erwachsenen männlichen Bewohner unserer Stadt.

— Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen erhielten in der 1. Abtheilung, zu welcher 233 Stimmberechtigte gehören, von 142 Stimmen M. Czajski 115, G. Schulz 115, Bank-Direktor Dr. Samter 114, Kommerzienrath S. Jaffe 114, C. Meyer 115, Dr. Brieger 115 Stimmen. Die 4 Ersten sind demnach auf 6, Herr Meyer auf 2, Herr Dr. Brieger auf 4 Jahre gewählt. Außerdem erhielten die Herren Krzyzanowski, Piskowski, v. Lyskowski, Dr. von Swiderski, Boyland, v. Wierzbinski je 27 Stimmen; Herr Rechts-anwalt Dordoch und Herr Bankdirektor Hill je 1 Stimme.

— Das Mittagstisch-Kroftowo im Kreise Wirlik, welches vor einiger Zeit von Hrn. Julian Reichstein angekauft wurde, ist von demselben für den nemlichen Kaufpreis an die Herren Stan. und Thad. v. Chlapowski verkauft worden.

— Cholera. Aus Tilsit meldet die „R. B. Ztg.“: Nach dem ersten Cholerafalle vergingen mehrere Tage ohne fernere Erkrankungen, plötzlich wurden drei weitere Fälle angemeldet, von denen zwei wie der erste bereits mit dem Tode geendet haben sollen. In Soldau war ein Zimmergefelde, der in Polen gearbeitet, an der Cholera erkrankt, angekommen. Frau und Kinder wurden ebenfalls krank und Ersterer starb. In Mawa und längs der Grenze wüthet die Cholera furchtbar. Von Seiten der Sanitäts-Polizei und seitens der Verwaltungs-Behörden sind geeignete Vorkehrungsmaßregeln getroffen.

— Meierig, 16. November. [Kreishynode.] Gestern fand hier eine Kreishynode statt. Der Vorsitzende des Vereins, Superintendent Vater hieß die neuen an Stelle der theils durch Verletzung, theils durch den Tod abgegangenen Mitglieder im Namen des Vereins willkommen, worauf zur Wahl zweier neuen Vorstandmitglieder geschritten wurde. Als geistliches Mitglied wurde Pastor Klisch zu Buchwitz als weltliches Vorstandmitglied Herr v. Kallreuth zu Weissenau gewählt. Nachdem erstattet der Ephorus des Kirchenkreises der Synodalversammlung Bericht über das kirchliche Leben der Gemeindeglieder innerhalb des Kreises, und sprach sich darüber in befriedigender Weise aus. Hierauf kamen die unehelichen Geburten zur Sprache, von denen 158 zu konstatiren waren. Die Ursache dieser Erscheinung erblickt der Referent hauptsächlich in dem fast gänzlichen Ausgescheiden der Dienstboten vom Familienleben. Nunmehr kam das eigentliche Synodalthema zur Verhandlung. Wie hat sich die Kirche gegenüber dem in fast gewisser Ausdehnung zu erwartenden Gesez der obligatorischen Zivilehe zu verhalten in Bezug auf solche Gemeindeglieder, welche die kirchliche Sanction unterlassen? Die Diskussion hierüber war eine so umfangreiche und weitgehende, daß sie sich der Wiedergabe entzieht. Zum Schluß der Synode gelangte noch eine Abhandlung zum Vortrage: Wie soll der Geistliche der Gemeinde ein Vorbild sein durch Lehre, Leben und Tugend?

— Meierig, 19. November. [Emil Lindenberg.] Das hiesige Schwurgericht verhandelte heute gegen den ehemaligen Distriktskommisarius in Neutomysl, Emil Lindenberg. Er wurde der Unterschlagung amtlicher Gelder und der Annahme von Geschenken für nicht pflichtwidrige Amtshandlungen für schuldig erkannt, zu sechs Monaten Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter während drei Jahre verurtheilt. Der Andrang des Publikums zu dieser Verhandlung war sehr groß.

— Bromberg, 17. November. [Dtsch. Bahn. Circus. Ver-einsleben.] Das die Direction der Dtsch. Bahn in Bromberg verbleiben soll, wird für ganz fest versichert. — Heute spielt der Circus Salomonstki vor seinem Abgange nach Stettin, zum letzten Male. Im Ganzen hat die Gesellschaft hier wohl ein ziemlich lohnendes Geschäft gemacht. Die Leistungen der Gesellschaft ließen jedoch Vieles zu wünschen übrig. Für das künftige Jahr gedenkt die Gesellschaft Kunstreiter-Gesellschaft im Monat Oktober hier Vorstellungen zu geben. — Gestern fand der erste Ball der neuen Bromberger Rejsourse statt. Die Gesellschaft gedenkt eine Reihe eleganter Vergnügungen zu veranstalten. Die übrigen hiesigen Gesellschaften können Derartigen ihren Mitgliedern nicht bieten. Es gehören die reichsten Leute, ohne Unterschied des Standes, dem Verein an, der Rath sitzt neben dem Schneider, der Kaufmann neben den Beamten u. s. w.

Staats- und Volkswirtschaft.

— 3proz. Preussische Anleihe von 1859. Man theilte den „B. Ztg.“ mit, daß von den 26,632,000 Thlr., welche die gekündigte 3proz. Preussische Anleihe von 1859 umfaßt, trotz aller Erinnerungen am 1. d. M. noch 1,721,000 Thlr. nicht zur Einlösung präsentirt worden sind. Seit dem 1. Juli 1872 hat die Zinszahlung ausgesetzt.

— Graudenz, 18. Nov. Von der Grenze erhält der „Gef.“ folgende wichtige Mittheilung: So eben erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Rußland den Bau einer Bahn Warschau-Mawa genehmigt hat, mit dem Uebergangspunkt bei der russischen Zollkammer Beprowo. Zur Erweiterung dieser Kammer sind bereits 100,000 Silber-rubel bewilligt worden; auch ist dieselbe behufs Lieferung von Materialien zum Bahnbau mit Privatpersonen in Verbindung getreten. Die Grenzstation Beprowo liegt in gerader Linie zwischen Warschau und Königsberg und die Bahn wird daher den kürzesten Weg aus dem Herzen Polens nach Königsberg bilden, für die Ausfuhr der Landesprodukte also von großer Bedeutung werden. Es wird nur Sache der preussischen Regierung oder preussischer Gesellschaften sein, geeignete Anschlußbahnen an die Strecke Warschau-Beprowo herzustellen. Von der Konzessionierung preussischer Gesellschaften für die ganze Strecke bis Warschau ist natürlich keine Rede mehr.

— Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft. Das neueste Zirkular der Verwaltung sagt, daß der Monat Oktober fast mehr noch als seine Vorgänger reich an Schäden war und der Gesellschaft „nicht unerhebliche Verluste“ zugefügt habe.

— Vom böhmischen Kohlenmarkte wird der „B. B. Ztg.“ berichtet, daß das Geschäft geradezu als flau bezeichnet werden kann. Die Preise haben nicht nur nicht angezogen, sondern sind, wie wenigstens von einzelnen Gruben mitgetheilt wird, sogar etwas herabgegangen. Der Grund hierfür liegt indes wahrscheinlich weniger in dem auffallend milden Herbsterwetter, als vielmehr in der bedeutenden

Mehrförderung, welche im laufenden Jahre stattgefunden hat. Es kamen so viele neue Werke in Betrieb, daß approximativ 38 Millionen Zentner gefördert werden, beziehungsweise bereits gefördert sind (gegen 28 Millionen Zentner im Vorjahre).

— Aus Polen. In einem Schreiben der „Ostsee-Ztg.“ aus Warschau, 12. November, wird auf den bedeutenden Aufschwung der Leinwand-Industrie in Polen hingewiesen. In Warschau sei die Errichtung einer Flachspinnerei und Leinwandfabrik mit 2 Mill. S.-R. Kapital in der Bildung begriffen. Weiter wird geschrieben: „Ein anderer Industriezweig, dem seit einiger Zeit im Königreich Polen eine erhöhte Thätigkeit und reiche Kapitalien zugewendet worden, ist der bisher so sehr vernachlässigte Bergbau. Es sind hauptsächlich deutsche Kapitalisten, welche für die Hebung dieses Industriezweiges wirken. So haben neuerdings wieder der Prinz Hugo von Hohenlohe auf Slawentz in Oberschlesien und die Erben des schlesischen Fabrikbesizers Johann Kramsta beim hiesigen Ober-Berg-Amt die Konzession zur Betreibung des Bergbaues auf den im Kreise Olschuf von ihnen gekauften Gütern nachgesucht, die ihnen in nächster Zeit erteilt werden wird. Der Prinz von Hohenlohe will auf seinen Gütern Gorenice und Niechulowo Galmey- und Eisenwerke anlegen, die Kramsta'schen Erben haben die Konzession zur Gewinnung von Galmey und Blei auf ihrem Gute Boleslawie nachgesucht.“

Ver mis ch t e s.

* Ein Kanonikus, der billig fahren will. Aus Köln wird dem „Tagl.“ folgendes Geschichtchen mitgetheilt: „Der bekannte päpstliche Kammerherr und Kanonikus Bod, in weiteren Kreisen und besonders in Wien als Alterthumsforscher „berühmt“ (hauptsächlich als Herausgeber der „Deutschen Reichskleinodien“), wurde jüngst auf der rheinischen Eisenbahn mit einem gefälschten Billet ertappt. Der Herr Kanonikus stand längst bei Allen, die ihn näher kannten, in dem Rufe, daß er „Studium und Geschäft“ ungewöhnlich harmonisch zu vereinigen wisse. Der fromme Herr hatte ein ihm vor Jahren von der Direktion der rheinischen Bahn bewilligtes Freibillet derart im Datum geändert, daß es wie ein frisch ausgestelltes sich ausnahm, ohne leider zu bedenken, daß zuweilen auch die Form solcher Billets geändert wird. Die Sache macht hier um so größeres Aufsehen, als unsere Frommen Alles aufbieten, um die Verhandlung vor Gericht zu hintertreiben.“

Verantwortlicher Redakteur Dr. Jar. Wafner in Polen.

Angekommene Fremde vom 20. November.

HOT. L. DE BERLIN. Off. a. D. u. Rittergutsbes. v. d. Borch a. Alt-Kranzig, Rittergutsbes. Heiderdt u. Frau a. Plawitz, Rat.-Cont. Meermann u. Dr. Peters a. Dornitz, Insp. Butsch a. Chyby, Def. Wildz a. Bodgaj, Rent. Scharffenberg a. Breslau, Holzhandl. Döring a. Berlin, Probst Kurzewski a. Bystyn, die Kaufl. Witt a. Berlin, Mendel a. Trzemesno u. Hartmann a. Bronke.

SCHWARZER ADLER. Die Gutbes. v. Majewski m. Familie a. Sbielki, Fr. Luther a. Lupaehowo, v. Sługewski u. Frau a. Bogowiewo, Sawofski aus Wagnio, v. Symanski a. Bielaw, Ob.-Insp. Piatowski a. Wojnow, Frau Laszinska a. Szymark.

An Beiträgen für die Ueberschwemmten in Oesterreich sind bei uns eingegangen:

Motto: Bis dat, qui cito dat 5 Thlr., Ober-Stabsarzt Dr. Laube 2 Thlr., Apotheker Brandenburg 2 Thlr.

Weitere Beiträge nimmt bereitwillig entgegen die Exped. der Posener Zeitung.

y Kosten, 17. Nov. (Gehobene Knabenschule. Wieder-legung.) Herr Dr. P. Köhler, Dirigent der hies. gehobenen Knabenschule zählt als Verichtigung für mein Referat über diese Anstalt in Nr. 520 d. Ztg. an den Fingern alle die in demselben enthalten sein sollenden Unwahrheiten auf und läßt, wie man zu sagen pflegt, keinen guten Bissen an dem nach seiner Meinung tendenziös die Unwahrheit liebenden Referenten. Statt dessen hätte er aber seine Ohren unter die Leute schiden sollen und da würde er erfahren haben, daß ich noch lange nicht alles Dasjenige zur aufrichtigen Warnung für die Schule und deren Lehrer öffentlich gesagt habe, was allgemein in den Häusern der hiesigen Bewohner, ja sogar von den Mitgliedern der städtischen Behörden gemurmelt wird. Was aber die eigentliche Verächtlichmachung aller meiner Angaben betrifft, so wird jeder Eingeweihte wissen, daß dieselben auf Wahrheit beruhen. Es ist gleichgültig, ob 10 oder 11 Quartaner entlassen worden, von denen 1 oder 2 nach Tertia kamen oder ob unter der Leitung des früheren Dirigenten auch ein Schüler einmal nur in die Quarta einer andern Anstalt aufgenommen wurde; darin aber stimmt das Urtheil aller Sachverständigen überein, daß die Schule den von ihr gehegten Erwartungen nicht entspräche, daß ihre Leistungen in keinem Verhältnisse zu den ungeheuren Opfern (die Stadt Kosten hat in den ersten 3 Jahren zur Erhaltung dieser Anstalt über 2000 Thlr. zugezahlt) stehen. Die in Zahlen angegebene Frequenz spricht nicht gegen meine Behauptungen. Abgesehen davon, daß unter der früheren Leitung bei nur 3 Lehrern die Anstalt 117 Schüler zählte, welche Zahl zur Zeit auf 50, als nur der Ordinarius für Sexta an der Anstalt allein wirkte, zusammenschmolz, liegt es in der Natur der Sache, daß nach Anstellung von noch drei Lehrern die Schülerzahl wieder zu steigen begann. Im Uebrigen wird der Hr. Dirigent wissen, daß die von ihm hervorgehobene Frequenz größtentheils von den Kindern polnischer Bauern der benachbarten Dörfer herrührt, was ganz natürlich ist, da der Herr Dirigent, dessen Wahl in der Annahme erfolgte, er werde das Prinzip der Anstalt, eine Pflanzstätte deutscher Bildung und Gesittung zu sein, respektiren, — jetzt in auffallender Weise mit den Polen kokettirt. Nachdem er für die Gründung einer Septima mit Anstellung eines polnischen Lehrers, der durchaus nicht der deutschen Sprache mächtig ist, sich förmlich aufgeopfert, gestattet er, daß die Unterrichtssprache in dieser Klasse die polnische sei, und daß selbst in den oberen Klassen nur polnische Lieder u. gesungen werden. Sollte der Hr. Dirigent die betreffende Ministerialreskripte nicht kennen? Hätte er Köhler bedacht, daß die Schule von der hiesigen Stadt mit schweren Opfern erhalten wird, damit ihren Bürgern und Beamten Gelegenheit geboten werde, so weit als möglich am Orte selbst ihre Kinder für ein Gymnasium vorzubilden, so würde er anstatt für die Gründung der qu. Septima, deren hohe Bedeutung man nicht versteht, zu wirken bemüht gewesen sein, eine höhere Fakultät als die für Quarta zu erlangen, damit selbst mit Beibehaltung seiner Person als Dirigent die Erweiterung der Anstalt durch Aufhebung einer Tertia ermöglicht worden wäre und er hätte die Erfahrung gemacht, wie gern die Stadt weitere Opfer gebracht, um das zu erreichen, was eigentlich von vorn herein projektirt war. Freilich hört man bei den jetzigen Leistungen nur Klagen über zu hohe Besteuerung wegen Erhaltung der Knabenschule. Endlich fällt es allgemein auf, daß seit Jahren weder die übliche öffentliche Prüfung, noch irgend welche Revision der Knabenschule von der vorgesetzten Behörde abgehalten, resp. vorgenommen worden ist.

Hochelegante Petroleum-Lampen

aus in- und ausländischen Fabriken, künstlerisch und praktisch gearbeitet, empfiehlt in reichster Auswahl, ebenso Laternen.

Posen, Friedrichstr. 33.

H. Klug.

unverfälscht, nicht mit Terpentin- und Solar-Petroleum, Del gemischte Waare, à Liter 4½ Sgr., 7 Liter 1 Thaler.

Preuss. Original-Loose kauft

mit hohem Avance und bittet um Offerten

C. Hahn in Berlin, Jerusalemstraße 11.

Kr. Heide, Zander u. Barfen Doerner. Gutes, vorzügliches Gerstenmalz für Abt. 4 Uhr d. Altkloster. Best. auf Bierbrauereien offerirt billigst, auf alle Sorten Gerste werden Reis angenommen u. prompt ausgeführt, jedoch richtigkeit erbeten. Dornitz, Bahnstation. K. Reinsch, Malzfabrikant.

Geschlechts-,

Haut- und Nervenkrankheiten (Bott-nassen, Epilepsie, Zuckerharnruhr, Rückenmarkleiden, Impotenz) heilt auch brieflich, gründlich und schnell der Spezialarzt Dr. med. Cron-feld, Berlin, Carlstr. 22.

— Ein frequenter Gasthof wird mit einer Anzahl von 3- bis 4000 Thaler zu kaufen gesucht. Näheres zu erfahren durch die Expedition dieser Zeitung. Ein kausen Viehbock, 1½ Jahre alt, ist zu verkaufen beim Kupferschmiedemstr. Schulz in Birnbaum.



Freischmellende, hochtragende, Weichsel, Werber-niederungsstücke zu haben, Aufträge nimmt entgegen und führt dieselben auf's Pünktlichste und Reelle aus. A. Lütke in Rossow a. B. bei Bahnh. Tereopol, Westpreußen.

Donnersmarckhütte

Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke Actien-Gesellschaft.

Grund-Capital: Thlr. 6,000,000.

Die Actien-Gesellschaft hat von Herrn Graf Guido Henckel von Donnersmarck-Neudeck übernommen:

- 1) die bisher unter der Firma „Donnersmarckhütte“ betriebene Eisen-Hütte mit ihren Hochofen-Anlagen und ausgedehnten reichen Eisenerzlägern, in den Feldmarken Tarnowitz, Repten, Stollarzowitz, Friedrichs-Wille, Orzech und Chechlaw;
- 2) die Steinkohlengruben Concordia, Michael und Amalia, deren Kohlenförderung den Bedarf der Hütte in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Ausdehnung deckt und ausserdem noch einen ansehnlichen Weiterverkauf von Kohle gestattet;
- 3) den halben Antheil an der Emmy-Grube;
- 4) die Steinkohlengruben Jungfrau, Metz, Deutsch-Lothringen, Saargemünd, Zabrze, Neue Abwehr, im Gesamtflächeninhalt von über 10 Millionen Q.-Meter und einen Feldestheil der Kohlenmuthung Mont Avron; diese Kohlengrubenfelder sind für einen umfangreichen Kohlenbetrieb bestimmt, deren Ertragniss bei der ausgezeichneten Kohlenbeschaffenheit eine neue Einnahmequelle für das Gesamt-Unternehmen werden wird;
- 5) die Kalksteinbrüche und Kalksteinförderungen mit den dazu gehörigen maschinellen Einrichtungen und der Bahnverbindung mit der Hütte;
- 6) die Maschinenbau-Anstalt, Eisengiesserei und Kesselschmiede, eine selbstständige für sich allein werbende Anlage;
- 7) sämtliche Coaks-Anlagen, Chamottfabrik, Verwaltungsgebäude, Arbeiterhäuser und ein Areal von ca. 380 Morgen Flächeninhalt, ausreichend für alle später etwa zweckmässigen neuen Anlagen.

Die Rentabilität des Gesamt-Unternehmens setzt sich zusammen:

- a. aus der Eisen-Production des Hüttenwerks; diese beträgt gegenwärtig 530,000 Ctr. Roheisen pro Jahr, wird aber in Kürzestem durch die bevorstehende Vollendung der in vorgeschrittenem Ausbau befindlichen Neu-Anlagen auf 800,000 Ctr. gebracht werden; der Productions-Preis des Roheisens ist mit 25 Sgr. pro Ctr. netto nachgewiesen; der gegenwärtige Verkaufspreis ist 71—72 Sgr., wozu ein namhafter Theil der nächsten Jahresproduction bereits verschlossen ist. — Dieser in der Eisenindustrie seltene Ertrag, nämlich ca. 1½ Thlr. p. Ctr. — liegt indess nicht nur in der Eisenconjunction selbst, sondern in den ganz vereinzelt dastehenden niedrigen Selbstkosten der Donnersmarckhütte; diese geringen Selbstkosten sind in erster Reihe der vorzüglichen Backfähigkeit der Staub- oder kleinen Fettkohle zu danken, welche aus dem zur Hütte gehörigen Grubenbesitze gewonnen wird und welche Eigenschaft von den jetzt im Beuthener Kreise überhaupt betriebenen Gruben nur noch die landesherrliche Königin Louisengrube aufweist;
- b. aus dem Gewinn des aus dem umfangreichen Kohlengrubenbesitze der Gesellschaft in Aussicht genommenen Kohlenverkaufs;
- c. aus den Reinerträgen der Maschinenfabrik, Eisengiesserei und Kesselschmiede;
- d. aus den Erträgen der anderen, oben angeführten, miterworbenen industriellen Anlagen.

Diese so vereinigten Werke sind von Herrn Grafen Guido Henckel von Donnersmarck laut notariellem Statut vom 17. November unter Belastung mit einer zehn Jahre von seiner Seite unkündbaren Hypothekenschuld von 1,250,000 Thlr. mit Thlr. 5,500,000 in die Actiengesellschaft eingebracht worden „ 500,000 Betriebs-Fond sind gleichzeitig gezeichnet worden, und setzt sich hieraus „ 6,000,000 als Gesamt-Actien-Capital zusammen.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
Director der Gesellschaft ist Herr Adolf Kessel.

Donnersmarckhütte Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke Actien-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath:

A. Schmieder, Vorsitzender.

Graf Guido Henckel von Donnersmarck. **Adalbert Dolbrück.** **Gustav Mueller.**
Michael Levinstein. **Fromberg.** **Stadtrichter a. D. Friedländer.** **Scherbening.** **Carl Lelden.**

Von den vorstehend erwähnten 6 Millionen Thaler vollgezählten Actien sind 5 Millionen Thaler in 25,000 Stück, à 200 Thlr. von einem Syndikat übernommen worden und werden darauf zu nachstehenden Bedingungen Anmeldungen am

Sonnabend, den 23. November a. c.,

in den Geschäftsstunden bei den folgenden Bankhäusern entgegengenommen:

in **Berlin:**

bei Herren **Delbrück, Leo & Co.,**
bei Herren **G. Müller & Co.,**
bei Herren **Volkmar & Bendix,**

in **Breslau:**

bei dem **Schlesischen Bankverein** und dessen Commanditen in **Beuthen, Glatz, Glogau, Görlitz, Leobschütz, Neisse, Reichenbach,**
bei der **Breslauer Wechslerbank** und deren Filialen in **Bunzlau, Görlitz, Gleiwitz, Liegnitz, Schweidnitz,**
bei Herrn **A. Schmieder,**

